

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2022



**Marsch durch die Institutionen –  
Die erstaunliche Karriere eines SED-Nomenklaturkaders**

**Neuigkeiten über die zukünftige Gedenkstätte Hoheneck**

**Ein Jahr im Amt. Evelyn Zupke im Gespräch**

**Gott schreibt auf krummen Zeilen gerade**

## Inhalt

### Aktuell

- 3 „Historischer Kalenderdienst“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur  
Veranstaltungen Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock
- 4 Ausstellung Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden  
Veranstaltungen Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
- 5 Veranstaltungen Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Berlin  
Veranstaltungen Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung  
Ein Jahr im Amt. Evelyn Zupke im Gespräch
- 6 Veranstaltungen Stiftung Sächsische Gedenkstätten

### Recht

- 6 Der Wegfall des Rentenanspruchs nach dem RÜG für Flüchtlinge und Übersiedler

### Aufarbeitung

- 7 Die Aufarbeitung fortsetzen – in Kyritz die Erinnerung pflegen
- 8 Marsch durch die Institutionen – Die erstaunliche Karriere eines SED-Nomenklaturkaders  
Erinnerung an Massengrab im Wald von Schmachtenhagen

### International

- 9 MEMORIAL erhält den Friedensnobelpreis 2022
- 10 Nazis in der Ukraine?  
Charmantes Lächeln von Gespenstern

### Berichte

- 13 Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen  
Wanderausstellung zur Zwangsarbeit in der ehemaligen Brikettfabrik Knappenrode
- 14 Neuigkeiten über die zukünftige Gedenkstätte Hoheneck
- 15 UOKG-Wanderausstellung ‚Mauern – Gitter – Stacheldraht‘
- 16 Frauenpower in Potsdam

### Geschichte

- 17 Gott schreibt auf krummen Zeilen gerade
- 18 Ivan Iljin, Putins geistiger Mentor
- 19 Aus meinen Lebenserinnerungen

### Verbände

- 19 Königsheider Eichhörnchen e.V. – Aufruf Adoption  
Einladung VOS Chemnitz
- 20 Cottbuser Menschenrechtszentrum bittet um Unterstützung für den vierten Hilfstransport nach Odessa  
Veranstaltungsreihe SED-Opfergruppen im Bundestag

### Service/Bücher

- 21 Das geheime Tonband von Pannach, Kunert und Fuchs  
Mord an der Mauer. Als die Welt Peter Fechter beim Sterben zusah
- 22 Ohne Ruhe rollt das Meer...  
Seelenarbeit im Sozialismus – Psychologie, Psychiatrie und Psychotherapie in der DDR  
Hinweis der Redaktion: Die lange Blutspur des Kremls
- 23 Die DDR im Blick der Stasi 1959  
Zwangsarbeit für PENTACON

### Umschlagbild

Foto vom Domplatz in Erfurt am 03.10.2022 zum 32. Tag der Deutschen Einheit

Foto: Thomas Purschke

## Editorial

Der Vorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, war am Tag der Deutschen Einheit in Erfurt zu Gast. Er nutze die Tage rund um die Feierlichkeiten, um Politiker zu treffen, und besuchte zudem Thüringer Einrichtungen und Vereine zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Erfurt und Jena. Es gab viele interessante Gespräche, u.a. mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier und den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, und Brandenburg, Dr. Dietmar Woidke.

Wie der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) berichtete, waren laut Thüringer Staatskanzlei bereits am Vortag der Deutschen Einheit, am Samstag, dem 02.10., rund 30.000 Besucher auf dem Bürgerfest in Erfurt zu Gast in der Thüringer Hauptstadt. Sonntag sollen es dann mehr als doppelt so viele Gäste gewesen sein. Laut offiziellen Angaben waren rund 2000 Polizeibeamte am Einheitsstag in Erfurts Innenstadt zur Absicherung im Einsatz. Politiker aller Parteien äußerten sich positiv über die gemeinsame Entwicklung. Dennoch blieben noch viele Aufgaben vor uns. Während der Tag der Deutschen Einheit für viele Bürger ein Tag der Freude sei, vor allem in Erinnerung an den Tag des Mauerfalls am 09.09.1989 als ein Tag überwältigender Gefühle, bliebe der Tag der Deutschen Einheit in Teilen der Bevölkerung nach wie vor auch ein Tag der Zerrissenheit, weil die Folgen der konkreten Bewältigung der ökonomischen Umgestaltung in den 90er Jahren auch Verlust und Ohnmacht erzeugt hätten. Dies spiegele sich in der schwierigen Auseinandersetzung mit den Problemen der Gegenwart teilweise wider. Es bestünden unterschiedliche Wahrnehmungen auf die aktuellen Krisen, was sich auch im Wahlverhalten vor allem der Ostdeutschen beobachten ließe.

Die UOKG ihrerseits wird nicht müde, auf die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft hinzuweisen und sich für diese auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen einzusetzen. Die Sichtbarmachung der Erfahrungen in der Diktatur bleibt dabei eine

zentrale Aufgabe der UOKG, um die Unterschiede zwischen totalitärer und autoritärer Herrschaft zur demokratisch verfassten Gesellschaft nachvollziehbar zu machen. Das hohe Gut politischer Mitbestimmung in der demokratischen Gesellschaft ist nicht perfekt, bietet aber im Gegensatz zu totalitärer Herrschaft jeglicher Form vielfältige Möglichkeiten breiter politischer und ökonomischer Partizipation aller Menschen. Und ja, die aktuellen Probleme sind gewaltig. Nicht alle Probleme werden zur Zufriedenheit aller gelöst werden können in einer so komplexen Welt wie der unseren. Klar sollte aber auch sein: Nicht alle Sorgen und Probleme der Bevölkerung kann und



Dieter Dombrowski, Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke, mit seiner Gattin, Marie-Luise Tröbs, Präsidentin des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V.

muss der demokratische Staat, der auch auf die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers abzielt, lösen. Der Bürger ist anders als in einer Diktatur gefordert und aufgefordert, sich für seine Interessen im Rahmen der demokratischen Verfassung einzusetzen. Nach wie vor leben wir in Deutschland, eingebettet in die Europäische Union, in einem nie da gewesenen Wohlstand.

„Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“ (Winston Churchill)

Ihr Dieter Dombrowski

## „Historischer Kalenderdienst“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur


Die 108. Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ weist auf Jahrestage ausgewählter historischer Ereignisse in den Monaten November, Dezember und Januar hin. Im Jahr 2022 setzte der Kalenderdienst einen Schwerpunkt auf das Jahr 1972, dem Jahr der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR, sowie auf die Ereignisse von 1992, dem zweiten Jahr der Deutschen nach der Vereinigung.

Auf der Homepage [www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de) finden Sie täglich

ein historisches Datum in der Rubrik „heute vor ...“ und weitere Ereignisse im historischen Kalendarium. Sollten Sie Fragen zu den angeführten Daten haben, stehen wir Ihnen mit Hintergrundinformationen gerne zur Verfügung. Die nächste Ausgabe des „Historischen Kalenderdienstes“ erscheint am 30. November 2022.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Tilman Günther | Fon: 030 31 98 95 225  
E-Mail: [t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de)

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt.

Weitere Exemplare des Taschenkalenders können für 5 Euro bei der Bundesstiftung Aufarbeitung unter der Telefonnummer (030) 31 98 95-0 oder per E-Mail an [buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de) bestellt werden. 

## Veranstaltungen Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock

**Dienstag, 18.10.2022, 15.00–18.00 Uhr**

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?  
Haus des Gastes, Neue Strandstraße 30, 17454 Zinnowitz

**Dienstag, 18.10.2022, 19.00 Uhr**

Vortrag und Gespräch: Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier, Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste  
Referent: Dr. Volker Höffer (Stasi-Unterlagen-Archiv)  
Haus des Gastes, Neue Strandstraße 30, 17454 Zinnowitz

**Dienstag, 01.11.2022, 15.00 Uhr**

Öffentliche Führung:  
Einer Diktatur auf der Spur, Unterwegs im Stasi-Unterlagen-Archiv Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock  
Straße der Demokratie 2  
18196 Waldeck-Dummerstorf

**Mittwoch, 02. November 2022, 13.00–17.00 Uhr**

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?  
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG), Grüner Weg 5, 18055 Rostock

**Mittwoch, 09.11.2022, 18.00 Uhr**

Vortrag und Gespräch:  
Warnemünde geheim. Stasi-Stadtgeschichte(n), Teil 4

Referent: Dr. Michael Heinz (Stasi-Unterlagen-Archiv) (Eine Kooperationsveranstaltung mit dem Heimatmuseum Warnemünde. Für Tickets bitte an das Heimatmuseum wenden.)  
Veranstaltungsort: Evang. Gemeindehaus Warnemünde, Kirchenplatz 4, 18119 Rostock-Warnemünde

**Sonntag, 13.11.2022, 10.00–16.00 Uhr**

Tag der offenen Tür.  
30 Jahre Öffnung der Stasi-Unterlagen/70 Jahre Bundesarchiv


**Programm:**

**11:00** | Podiumsgespräch  
Einsicht durch Akten?  
Stasi-Unterlagen-Archiv und Bundesarchiv als Demokratiefürsorger?  
Im Podium: Evelyn Zupke (Bundesbeauftragte für die SED-Opfer), Alexandra Titze (Vizepräsidentin, Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv) und Prof. Dr. Stefan Kreuzberger (Historiker, Universität Rostock),  
Moderation: Siv Stippekoehl (NDR)

**10:15 | 11:45 | 14:00 | 15:00**

Auf den Spuren einer Diktatur  
Führungen durch Kartei und Archiv mit Dr. Michael Heinz bzw. Dr. Volker Höffer  
**10:00–16:00** | Weitere Angebote:  
Besichtigung von Kartebereich und Archiv, Beratung zur Einsicht in Stasi-Akten, Ausstellungen, Beratung zur Nutzung von Unterlagen des Bundes-

archivs, Beratung zur Wiedergutmachung von SED-Unrecht, Präsentationen von Stasi-Akten Bundesarchiv Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock  
Straße der Demokratie 2  
18196 Waldeck-Dummerstorf  
Tel.: 038208 826-0

Außenstelle Rostock  
Straße der Demokratie 2  
18196 Waldeck/Dummerstorf  
Tel.: 038208 826 1323  
Fax: 038208 826 1219  
E-Mail: [Beate.Karow@bundesarchiv.de](mailto:Beate.Karow@bundesarchiv.de)  
Internet: [www.bundesarchiv.de](http://www.bundesarchiv.de)  
[www.stasi-unterlagen-archiv.de](http://www.stasi-unterlagen-archiv.de) 

*Geld macht alles möglich.*

*Salomo*

Na, na, auch wenn der Weise da etwas übertrieben hat, aber ein Abo macht es auf jeden Fall möglich.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

## Ausstellung Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

### Unter einem Dach – Pod jednou střechou

Die Ausstellung des Vereins Antikomplex aus Prag erzählt die Geschichte von sieben Häusern im Grenzgebiet und ihren Bewohnern. Tausende Tschechen leben heute in Häusern, deren deutsche Besitzer und Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben wurden. Manche tschechischen und deutschen Familien, die durch solche Häuser verbunden sind, haben erfolgreich versucht, Kontakt zu-

einander aufzunehmen. Wo es gelang, Unsicherheit, Hemmungen und Ängste zu überwinden, konnten sich die Bewohner vorurteilsfrei begegnen und nicht selten entstanden Freundschaften.

Nach einer kurzen Einführung durch Antikomplex folgt eine kommentierte Führung durch die Ausstellung sowie ein moderiertes Gespräch mit früheren und heutigen Bewohnern der vorgestellten Häuser. In Kooperation mit der Euroregion Elbe/

Labe und der Volkshochschule Dresden. Die Ausstellung ist Teil der Tschechisch-Deutschen Kulturtag 2022 und der 32. Internationalen Kulturtag.

### Ausstellungsdauer:

**07.10.–27.11.2022**

Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden  
Bautzner Straße 112a  
01099 Dresden

Telefon: +49 351 899 60 442

Home: [www.stasihaft-dresden.de](http://www.stasihaft-dresden.de)



## Veranstaltungen Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

### Dienstag, 18. Oktober 2022, 18:00 Uhr

Wolfgang Lehmann, der Zeitzeuge berichtet vom dramatischsten Abschnitt seines Lebens: Vor 77 Jahren – (M)eine Jugend in sowjetischen Terrorlagern.

Unter dem Verdacht, als Werwolf-Angehöriger einen Anschlag mitverübt zu haben, wurde der damals 16-Jährige im Oktober 1945 in Großbräschen verhaftet. Nach nächtelanger schwerster Folter im GPU-Keller Calau unterschrieb er ein in Kyrillisch verfasstes Protokoll und kam ohne Urteil über Cottbus zunächst für zwei Jahre ins Speziallager Ketschendorf. Mit weiteren 1200 männlichen Jugendlichen war er dort in einem Sechs-Familien-Haus zusammengepfercht, von dem man jeden Morgen die Toten abholte. Anfang 1947 wurde er von dort zur Zwangsarbeit nach Sibirien abtransportiert, arbeitete in den Lagern bei Prokopjewsk und Stalinsk. Als „Kriegsgefangener“ 1950 entlassen, sah er sich mit seiner Familie 1960 zur Flucht in den Westen gezwungen, nachdem die Stasi ihn zu Spitzeldiensten erpressen wollte.

### Dienstag, 01. November 2022, 18:00 Uhr

Ursula Popiolek, die Gründerin, langjährige Bibliotheksleiterin und aktive Vorstandsvorsitzende des Fördervereins stellt ihr Buch vor: Die Geschichte der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus.

In der DDR ehemals verbotene Bücher zur Aufklärung über Ursachen und Folgen des

Sowjetkommunismus zu sammeln, war die Idee der Gründerin Ursula Popiolek in den bewegten Zeiten der Friedlichen Revolution im Herbst '89. Bis zur Eröffnung der Bibliothek am Berliner Hausvogteiplatz im Dezember 1990 mit einem Vortrag von Prof. Wolfgang Leonhard verging ein aufregendes Jahr des Umbruchs.

In den nun mittlerweile 32 Jahren des Bestehens war die Einrichtung mit seinen über 750 Vortragsveranstaltungen und 14.500 Büchern ein Hort der politischen Bildung, Begegnung, Geschichtsaufarbeitung und Hilfe für Betroffene und deren Angehörige.

### Dienstag, 15. November 2022, 18:00 Uhr

Alexander W. Bauersfeld, ehemaliger politischer DDR-Häftling, eröffnet mit einem Vortrag die Ausstellung: „Mauer. Gitter. Stacheldraht“ – Politische Verfolgung in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945 – 1990.

Die Ausstellung wurde von Gerhard Finn geschaffen und später von einer Arbeitsgruppe der UOKG weiterentwickelt. Sie war bisher schon in verschiedenen Landtagen, zuletzt 2022 in Rheinland-Pfalz. In der Ausstellung geht es um mutige Menschen, wie Siegmund Faust, Hartmut Richter oder Wolfgang Waterstraat, die in der sozialistisch-kommunistischen Diktatur Widerstand leisteten. Der Referent, 1948 geboren, wurde mit seiner Ehefrau 1983 vom MfS inhaftiert und zwangsgeschieden. Er war wegen „Landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ eineinhalb Jahre in politischer Haft.

### Dienstag, 29. November 2022, 18:00 Uhr

Dr. Marianne Subklew-Jeutner, die Politikwissenschaftlerin stellt ihr Buch vor: Schattenspiel – Pfarrer Eckart Giebler zwischen Kirche, Staat und Stasi.

Der Pfarrer Eckart Giebler (1925–2006) arbeitete von 1949 bis 1992 als evangelischer Gefängnisseelsorger in verschiedenen Gefängnissen und war der einzige hauptamtliche „Geistliche im Strafvollzug“ der DDR – nach 1990 im Land Brandenburg. Ab 1953 übte er seine seelsorgerliche Tätigkeit als Angestellter des Ministeriums des Innern der DDR aus und verpflichtete sich 1959 per Handschlag zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Als IM „Roland“ schrieb er Berichte über Inhaftierte, besprach Tonbänder mit Informationen über Pfarrkonvente und Pfarrer-Kollegen und übergab dem MfS Dokumente, die „nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ bestimmt waren.

### Dienstag, 13. Dezember 2022, 18:00 Uhr

Tomáš Kafka, S.E. Botschafter der Tschechischen Republik hält seinen Vortrag zu: Die Bilanz der Transformation in Tschechien nach 1989.

Am 17. November 1989 unterdrückte die Polizei brutal eine Studentendemonstration, was Großdemonstrationen von bis zu 750.000 Menschen nach sich zog. Am 19. November 1989 wurde das Bürgerforum zur tragenden Kraft der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei. Am 10.

Dezember 1989 erklärte Staatspräsident Gustáv Husák seinen Rücktritt und Václav Havel wurde erster tschechoslowakischer Staatspräsident, der Reformer Alexander Dubček Präsident. Am 8. Juni 1990 fanden die ersten freien Parlamentswahlen in der ČSFR statt. Am 1. Januar 1993 wurde die

Tschechoslowakei einvernehmlich aufgelöst und die Tschechische Republik sowie die Slowakische Republik als unabhängige Staaten ausgerufen. Nach Privatisierung der Wirtschaft und EU-Beitritt 2004 steigt das Bruttoinlandsprodukt stetig. Wie sieht es heute aus?

GEDENKBIBLIOTHEK ZU EHREN DER  
OPFER DES KOMMUNISMUS  
10178 Berlin-Mitte  
(Nikolaiviertel)  
Nikolaikirchplatz 5–7  
Telefon: 030 283 43 27  
Internet: [www.Gedenkbibliothek.de](http://www.Gedenkbibliothek.de) 

## Veranstaltungen Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Berlin

### Gespräch mit Rolf Henrich

Am 09. September 1989 gründete sich die Oppositionsgruppe Neues Forum. Rolf Henrich war einer der Mitbegründer und Koautor des berühmten Aufrufs, der ein Fanal zur friedlichen Revolution in der DDR wurde. Wegen einer schweren Krankheit konnte er 2019 aus seinem autobiographischen Buch „Ausbruch aus der Vormundschaft“ (Christoph Links Verlag) nicht lesen. Der Titel knüpft an seinen Buch vom vormundschaftlichen Staat an, was Anfang 1989 viele DDR-Bürger aufrüttelte. Er selber bekam damals Berufsverbot. Heute blickt er zurück, auch mit kritischem Blick auf seine damaligen Mitstreiter. Interview Christian Booß Produktion Bürgerkomitee 15. Januar e.V.

**Video:** <https://www.youtube.com/watch?v=jFEsgg7y86M>

### Junkerland in Erbenhand? Kontroverse um Bodenreform- grundstücke.

**Video:** <https://youtu.be/3B4iAOSCx6c>Buchvorstellung

### Geheimdienstmorde. Wenn Staaten töten.

Dr. Christopher Nehring, Gerhard Schindler, ehem. BND, Sven Felix Kellerhoff

**Video:** <https://www.youtube.com/watch?v=jiHwLtpGULU>

### Spionage im Film. Neue Serie mit Spiel- Dokumentar- und Lehrfilmen aus Ost und West.

**11.10.2022, 18.30 Uhr,** Der James des BND: „Mr. Dynamit. Morgen küsst euch der Tod“

**08.11.2022, 18.30 Uhr,** Lehrfilme 1: Lehrvideos der HA II des MfS zu Spionageabwehr

**15.12.2022, 18.30 Uhr,** Lehrfilme 2: Lehrfilme von BND und Verfassungsschutz  
Ort: Stasizentrale Berlin,  
Haus 1 Raum 614, Ruschestr. 103,  
10365 Berlin (U 5 Magdalenenstraße)  
Internet: <http://horch-guck.de/hug/default-title/spionage-im-film>


### Die Geschichte der Stasi-Auflösung

**Internet:** <https://stasibesetzung.de/>

### Aufarbeitungsmagazin H-und-G. info – Heute und Gestern

Schwerpunkte derzeit:  
Die Ukraine-Krise und Heimat DDR?  
**Internet:** <http://h-und-g.info/>

### Führungen auf dem Stasigelände in Berlin

**Internet:**  
[www.buergerkomitee1501berlin.de](http://www.buergerkomitee1501berlin.de) 

## Veranstaltungen Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

### 16.10.2022, 14:00 Uhr – 16:00 Uhr Stadtwandel –

Potsdamer Gespräche 2022

Paradies auf Zeit. Zur wechselvollen Geschichte des Einsteinhauses in Caputh  
Eine Veranstaltung von: Einstein Forum

Veranstaltungsort: Garten des Einsteinhauses, Am Waldrand 17

14548 Schwielowsee – Caputh

Status ohne Anmeldung, eventuelle Hinweise beachten

Telefon: 0331/27 17 8-0

E-Mail: [Einsteinforum@einsteinforum.de](mailto:Einsteinforum@einsteinforum.de)

Internet: [www.einsteinforum.de](http://www.einsteinforum.de)

### 19.10.2022, 18:00 Uhr – 19:30 Uhr

Ausstellungseröffnung: Haus ohne Grund. Wohneigentum in Brandenburg

Veranstaltungsort: Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 17, Eingang: Friedhofsgasse 14473 Potsdam

Telefon: 0331 866 3541

E-Mail: [info@blzpb.brandenburg.de](mailto:info@blzpb.brandenburg.de)

Internet: <https://www.politische-bildung-brandenburg.de>


Wegen der barrierefreien Durchführung der Veranstaltung sprechen Sie uns bitte rechtzeitig vor Beginn an!

Eintritt frei. StatusAnmeldung erforderlich.

Für die Teilnahme an der Ausstellungser-

öffnung melden Sie sich bitte per E-Mail an: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

Heinrich-Mann-Allee 107 (Haus 17)

14473 Potsdam, Deutschland 

## Ein Jahr im Amt. Evelyn Zupke im Gespräch

Sie will den Fokus stärker auf die Frauen unter den Opfern des SED-Staates lenken und mehr auch für die Opfer tun, die in „Westdeutschland“ leben. Das sind nur zwei der Akzente, die die (nicht mehr ganz) neue Opferbeauftragte des deutschen Bundestages setzen will. Zu ihrer Amtseinführung vor einem Jahr gab es noch Kritik, inzwischen sitzt Evelyn Zupke fest im Amt und treibt ihre Anliegen energisch voran.

30 Jahre nach der friedlichen Revolution hatte der Deutsche Bundestag beschlossen, das Amt eines/r Beauftragten für die Opfer des SED-Staates einzurichten. Die erste Beauftragte, Evelyn Zupke, ist seit dem 17. Juni 2021 im Amt. Macht es nach mehr als 30 Jahren noch Sinn, solch ein Amt zu begleiten? Ist sie im Amt angekommen? Welches sind ihre wichtigsten Aufgaben und Forderungen?

Im Gespräch mit Christian Booß

Produktion Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar e.V.

Mehr auf [www.buergerkomitee1501berlin.de](http://www.buergerkomitee1501berlin.de)

Videolink: <https://www.youtube.com/watch?v=1FpfSWdYCPA>

## Veranstaltungen Stiftung Sächsische Gedenkstätten

**29.10.2022, 14.–18.00 Uhr:** Philosophische Reflexionen aus dem Gefängnis: Václav Havels „Briefe an Olga“ – Vermächtnis und Verpflichtung / Studententag „Und so bliebe von allem schließlich nur eins: die Gelegenheit, sich selbst, seiner Umgebung und dem Herrgott nachzuweisen, dass ich hinter dem stehe, was ich tue, es erst meine und also auch imstande bin, die Folgen zu tragen“ – so schrieb der tschechische Dramatiker und Bürgerrechtler aus dem Gefängnis Pilsen-Bory am 20. März 1982 an seine Frau Olga. Václav Havels Briefe stellen ein Vermäch-

nis der europäischen Geistesgeschichte dar. Es sind Briefe aus Liebe und in philosophischer Suche nach Horizont und Wahrheit für eine freie Gesellschaft. Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Straße 112a, 01099 Dresden

**09.11.2022, 10-17.00 Uhr:** Vernetzungsworkshop: „Erfassung von Stätten der NS-Zwangsarbeit in Sachsen“  
Zu dem Vernetzungsworkshop laden die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem National-

sozialismus (sLAG) und die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege sowie dem Landesamt für Archäologie Sachsen nach Leipzig ein. Leipziger KUBUS, Permoserstraße 15, 04318 Leipzig

Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft  
Dülferstraße 1, 01069 Dresden  
Internet: [https://www.stsg.de/cms/zeit-hain/veranstaltungen/aktuelle\\_veranstaltungen](https://www.stsg.de/cms/zeit-hain/veranstaltungen/aktuelle_veranstaltungen)

## Der Wegfall des Rentenanspruchs nach dem RÜG für Flüchtlinge und Übersiedler

Auf Grund der Rückmeldungen zum Artikel „Das Rentenüberleitungsgesetz von 1992 – Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR vom 26.06.2018 – was wurde daraus?“, welcher in der letzten Ausgabe des Stacheldrahtes 7/22 erschien, möchte die Redaktion noch einmal auf die Einleitung und das Fazit der Quelle hinweisen.

In der Einleitung heißt es: „Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung zeigen sich heute gravierende Unterschiede von geflüchteten und übergesiedelten DDR-Bürgern bei der Anerkennung von Rentenanwartschaften im Verhältnis zu anderen DDR-Bürgern. Der bei der Rentenkasse der Beitrittsgebietes erworbene Rentenanspruch wurde ihnen bei dem Übertritt in die Bundesrepublik Deutschland von den zuständigen Behörden der vormaligen DDR abgesprochen. Die Bundesrepublik Deutschland hat im Rahmen ihrer Rentenüberleitungsbemühungen versucht, diesen Verlust entsprechend den Regelungen des Fremdrentengesetzes (FRG) auszugleichen. Die geflüchteten und übergesiedelten Bürger sollen danach so gestellt werden, als hätten sie die ihnen von der DDR abgesprochenen Rentenansprüche in der Bundesrepublik erworben, vgl. § 17 Abs. 1 i. V. m. § 15 Abs. 1 FRG. Sie wurden so gleichberechtigte Mitglieder der Rentenversicherung der Bundesrepublik und entsprechend der Zielvorgabe des FRG vollständig in die Gesellschaft Westdeutschlands integriert. Nach der Wiedervereinigung werden diese Ansprüche nach dem FRG

den Betroffenen von den Sozialgerichten der Bundesrepublik faktisch wieder aberkannt. Ihre Rente wird nunmehr nach dem Anspruch berechnet, der ihnen von den DDR-Behörden bei Grenzübertritt aberkannt worden ist. Damit haben sie einen geringeren Anspruch als nach dem FRG und in der Regel auch einen geringeren Anspruch als diejenigen, die bei der Wiedervereinigung Mitglieder der Rentenversicherung des Beitrittsgebietes waren. Die Flüchtlinge und Übersiedler werden durch diese Rechtsprechung zu den Verlierern der Einheit degradiert und wehren sich bislang ohne Erfolg gegen diese Rechtsprechung. Es ist deshalb notwendig, diese Fehlentwicklung der Rechtsprechung in der Öffentlichkeit zu diskutieren und zu korrigieren.“

Im Weiteren wird die Einordnung der Problematik der Rechtsprechung der Sozialgerichte diskutiert, die Rolle der Flüchtlinge und Übersiedler bei der Wiedervereinigung thematisiert, die Verkennung des Unrechtsregimes der vormaligen DDR besprochen, sowie die rechtliche Grundlagen für die Bewertung von Rentenanwartschaften bei Flüchtlingen und Übersiedlern nach dem Staatsvertrag vom 18.05.1990 und dem Einigungsvertrag vom 31.08.1990 erörtert. Danach werden die Anwendung des RÜG auf Rentenansprüche der Flüchtlinge und Übersiedler, die Änderungen der §§ 15 und 17 FRG, die Änderung des § 259 a SGB VI durch das Rü-ErgG von 1993 und die Aufhebung des FRG gemäß § 300 SGB VI ausgeführt. Im abschließenden Teil geht es um die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Das Fazit der Autoren: „Dass auch der Rentenanspruch der Flüchtlinge und Übersiedler in das RÜG einzubeziehen sein soll, wurde zunächst nicht in der Öffentlichkeit registriert. Die Betroffenen haben die diskriminierende Herabstufung erst festgestellt, als sie begonnen haben, ihren Rentenantrag zu stellen. In hierzu ergangenen Urteilen wird immer wieder dargelegt, dies sei nicht Schuld der Justiz, sondern hier sei der Gesetzgeber gefragt. Die vom Gesetzgeber verabschiedeten Formulierungen sind jedoch klar genug. Das RÜG bezieht sich auf das Gebiet der vormaligen DDR. Die Bewertung nach § 256 SGB VI gilt nur für die Rentenansprüche, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung gegenüber dem Rentenversicherer der vormaligen DDR noch Bestand hatten. Der Gesetzgeber hat niemals die Ansprüche der Flüchtlinge und Übersiedler in das RÜG einbezogen. Also liegt die Fehldeutung allein bei der Justiz. Es ist deshalb die Pflicht des Gesetzgebers, diese Fehlentwicklung zu korrigieren und das Unrecht zu beenden, das den Flüchtlingen und Übersiedlern widerfährt. Dies entbindet die Judikative jedoch nicht, schon heute gesetzes- und rechtskonform zu entscheiden.“

**Quelle:** Norbert Geis/Natalie Kowalczyk: „Die deutsche Teilung und der rechtswidrige Wegfall des Rentenanspruchs der Flüchtlinge und Übersiedler. In: Neue Justiz (NJ), Zeitschrift für Rechtsentwicklung und Rechtsprechung 7/22, S. 289–336.

**Internet:** <https://www.neue-justiz.nomos.de/archiv/2022/heft-7/>

**Direktlink:** [https://www.neue-justiz.nomos.de/fileadmin/neue-justiz/doc/2022/Aufsatz\\_NJ\\_2022\\_07.pdf](https://www.neue-justiz.nomos.de/fileadmin/neue-justiz/doc/2022/Aufsatz_NJ_2022_07.pdf)

# Die Aufarbeitung fortsetzen – in Kyritz die Erinnerung pflegen

Die ARE gedachte wieder der Opfer von Verfolgung,  
Enteignung und Vertreibung in der Bodenreform

Die Stadt Kyritz gelangte nach dem 02.09.1945 in die breite Öffentlichkeit und dann auch in die Geschichtsbücher: In der Rede des damaligen KPD-Vorsitzenden und späteren DDR Präsidenten Wilhelm Pieck wurde die sogenannte „Demokratische Bodenreform“ im Kyritzer Hotel „Zum Adler“ verkündet, die zwei Wochen später bereits in Plänitz bei Neustadt (Dosse) erstmalig zur Anwendung kam. Einerseits wurden die Agrarflächen an die „Neusiedler“ verteilt, andererseits die Eigentümer – bald darauf in der gesamten SBZ – vertrieben, oft verhaftet und in die berüchtigten „Speziallager“ eingewiesen, wo Tausende Unschuldige ums Leben kamen.

Der Auftrag zu dieser Umwälzung kam – anders als es die KPD-Propaganda behauptete – durch Stalin persönlich und seine bolschewistische KP der UdSSR, was von der Forschung eindeutig nachgewiesen wurde. Der bedeutende Historiker Prof. Manfred Wilke vom „Forschungsverbund DDR-Diktatur“ hat schon 2015, auch in Kyritz, über seine wissenschaftlichen Recherchen (selbst in Moskau) berichtet und die „Kyritz-Legende“ von der angeblichen „Bauernbefreiung“ und der eigenständigen Entscheidung der deutschen Kommunisten als Propaganda widerlegt.

Trotz dieser historischen Klarstellung wird im Lager der Linken bis heute an

der falschen Darstellung festgehalten. Insbesondere wird die Verharmlosung und Beschönigung der Maßnahmen bei der Umsetzung der Bodenreform weiter betrieben. Nicht selten wird sogar gegen alle objektiven Erkenntnisse und Beweise das Märchen von der Forderung der untergehenden UdSSR, bekannt als „Gorbatschow-Legende“, weiter behauptet, der zufolge die Sowjetunion die Beibehaltung der Enteignungen zur Bedingung für die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung gemacht hätte. Gegen jede Form der Geschichtsverfälschung macht unser Zusammenschluss in Zukunft verstärkte Front.

Am Freitag, den 02.09.2022, gedachten wir bereits zum 17. Male beim sogenannten „Kyritz-Tag“ der Verkündung der „Bodenreform“ vor 77 Jahren, deren Folgen bis heute nachwirken. Auch drei Vertreter der Organisation der „Freien Bauern“ nahmen an der Feier teil und bekundeten so die gemeinsame Verpflichtung, der Opfer der SED-Diktatur in der SBZ und der DDR zu gedenken.

Nach der Begrüßung folgten Kranzniederlegung und Schweigeminute im Gedenken an die Opfer und ihre Familien. Die christliche Andacht hielt mit musikalische Umrahmung Pfarrer N. Lazay, der in eindringlicher Weise die Bedeutung der Dankbarkeit in der Mittelpunkt stellte. Der ARE-Bundessvorsitzende, M.


Graf v. Schwerin, ging im Anschluss auf das Schicksal der Opfer in den 11 SBZ-Speziallagern ein und stellte die aktuelle Bedeutung der Erinnerung heraus. Anschließend sprach die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft (LAKD), Dr. Maria Nooke, über die Erinnerung an die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und ihre Folgen.

Anschließend erörterte ein 10-köpfiger Kreis in Plänitz die Aufgaben und Ziele der nächsten Wochen und Monate. Dabei wurde besonders auf die neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Sinne der Erinnerungskultur hingewiesen, es wurden auch neue aktuelle Ansätze für das politische Wirken diskutiert. Neue Initiativen wurden auf den Weg gebracht.

M. Graf v. Schwerin

ARE-Plänitz: Hofstraße 5, 16845 Plänitz bei Neustadt/Dosse, Tel.: 033970-518-74/-76, Fax: 033970-518-75  
ARE-Zentrum Hessen: Westendstr. 14a, 34305 Niedenstein, Tel.: 05624-9262-58, Fax: 05624-9262-68  
E-Mail: are-pl@gmx.de, Internet: www. are-org.de

Literaturhinweis: Christa Hess, Rimbach/Odenwald, Bodenreform 1945, Ereignisse im Vogtland an Land und Menschen

Erschienen in: Das Vogtland-Jahrbuch, 17. Jahrgang, Vogtländischer Heimatverlag Neupert, Plauen 2000. Darin verwendete Quellen: Staatsarchiv Dresden, Land- und Forstwirtschaftsministerium, 347; Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Inneren, 3187; Brockhaus, „Junkertum“, S.292–293. 

## Korrekturen zur Ausgabe 7/22

Im Gedicht von Lutz Rathenow hat sich auf S.6 in der letzten Zeile ein Tippfehler eingeschlichen. Richtig muss es heißen: „Es taucht auf und flieht: ein Reh.“ Wie bitten den Autor um Entschuldigung.

Nachtrag zum Beitrag „Arno Groß und Heinrich Schulz – Aufrechter Gang und falsche Freunde“ von Hermann Kreutzer auf S.13. Dr. Heinz Steudel weist darauf hin, dass der Beitrag posthum aus dem Nachlass des 2007 verstorbenen Autors veröffentlicht wurde.

Auf S.18 im Beitrag „Bundesverdienstkreuz für Kamerad Dr. Bernd Müller-Kaller von der VOS-Sachsen“ steht im letzten Absatz statt „Kameraden“ „Kammeraden“. Richtig muss es also heißen: „Der Landesverband der VOS-Sachsen gratuliert auf diesem Wege nochmal unserem Kameraden Dr. Müller-Kaller und wünscht ihm weiterhin viel Schaffenskraft und Gesundheit.“ Im selben Beitrag steht die Bildunterschrift: „Von links nach rechts: Dr. Bernd Müller-Kaller, Michael Kretschmer, Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Frank Nemetz.“ Richtig ist: „Im Bild links: Dr. Bernd Müller-Kaller, rechts Michael Kretschmer, Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen.“

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für die Hinweise.

## Marsch durch die Institutionen – Die erstaunliche Karriere eines SED-Nomenklaturkaders

Seit Jahren gibt es in den Öffentlich-Rechtlichen Medien Korruptionsvorgänge, die jetzt zum Strafprozess gegen den ehemaligen MDR-Unterhaltungschef Udo Foht führten oder schon 2005 MDR-Sportchef Wilfried Mohren zu Fall brachten. Dabei wird oft bewusst „übersehen“, wer diesen Sender leitet.

Seit 2011 ist Karola Wille Intendantin, die sich mit akademischen Graden einer Promotion und Professur schmückt, dabei stammt ihr Dokortitel aus der DDR, wo sie schon mit 18 Jahren 1977 der SED beitrug und als „Nomenklaturkader“ zum Jura-Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zugelassen wurde.

Zu den dort tätigen Juristen gehörte auch Professor Gerhard Riege, der schon mit 16 Jahren 1946 der SED beitrug, sechs Jahre als „IM des MfS“ wirkte und maßgeblich die „Staatsbürgerschaftsgesetze der DDR“ entwickelte, die damit die einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit beendeten. Trotzdem wurde er Bundestagsabgeordneter der PDS. Als seine Stasi-Mitarbeit bekannt wurde, erhängte er sich 1992.

Karola Wille, die auch bei ihm studierte, nannte ihn, einen ehrenwerten Wissenschaftler. Wille wurde 1986 an der FSU-Jena zum „Dr.jur.“ promoviert. Vor ihr studierten dort übrigens auch einmal Wolfgang Vogel und Manfred Stolpe, die beide engste Kontakte zum Staatssicherheitsdienst hatten, der erstere als „Gl Eva“ und „GM Georg“ und der andere konnte nie wirklich den Verdacht ausräumen, als „IM Sekretär“ für das MfS tätig gewesen zu sein.

Wille wechselte von Jena zur Karl-Marx-Universität Leipzig, wo sie am „Institut für Internationale Studien“ in Zusammenarbeit mit einem MfS-Offizier im besonderen Einsatz (Oibe) publizierte. Dieses Institut wurde nach 1990 wegen Verbindung zum MfS aufgelöst. Wille war in erster Ehe mit einem Militärstaatsanwalt verheiratet. Einst hatte auch Wolfgang Vogel den Weg von Jena nach Leipzig genommen. Zugleich war Wille in der SED-Diktatur mit einem Militärstaatsanwalt verheiratet. Dessen Behörde forderte und bekam 1981 das Todesurteil für Dr. Werner Teske IN LEIPZIG! Wille polemisierte massiv gegen die freiheitlich-demokrati-

sche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und warf ihr „Revanchismus“ vor und eine Steuerung „durch die aggressivsten und reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals“. Obwohl FAZ und Der Spiegel ihre Zusammenarbeit mit einem MfS-Offizier schon vor ihrer Wahl zur MDR-Intendantin veröffentlicht hatten, bekam 2011 sie den Zuschlag mit 32 von 39 Stimmen für dieses hohe Amt, welches heute mit einem Jahreseinkommen von 295.000 EUR pro Jahr honoriert wird.

Eine besonders makabre Situation ist es, dass ehemalige politische Häftlinge, die von SED-Jurist:innen verurteilt wurden, heute mit Ihren GEZ-Beiträgen dieses weit überhöhte Gehalt zwangsweise mit finanzieren müssen. Zum Vergleich, der Bundespräsident erhält NUR 214.000 EUR pro Jahr. Nun strebt die ehemalige SED-Nomenklatur-Genossin Wille, inzwischen 63 Jahre, 2023 eine weitere Amtszeit an. Ein erneuter Schlag ins Gesicht aller Menschen, die in der SBZ/DDR von SED-Jurist:innen politisch verurteilt wurde, wenn es nicht noch verhindert wird.

Anton Odenthal

## Erinnerung an Massengrab im Wald von Schmachtenhagen

Unsere Familie hat nach langer Vorbereitung am 18.06.2022 auf dem Massengrab im Wald von Schmachtenhagen

15 Holzkreuze errichtet. Wir hatten bei vielen Besuchen an diesem Gedenkort festgestellt, dass sich eine große Anzahl

von Holzkreuzen in 30 Jahren nach ihrer Aufstellung in einem sehr schlechten Zustand befanden. Dieses wollten wir unbedingt ändern.

In Absprache mit der Deutschen Kriegsgräberfürsorge haben wir in der Holzwerkstatt der Diakonie in Halberstadt aus sehr haltbarem Lärchenholz diese 15 Kreuze hergestellten lassen. In dem Querträger wurde die Inschrift „Unbekannt“ eingegrast und mit schwarzer Farbe unterlegt. Durch eine großzügige Spende der Mitglieder des Vereins „Kinder hinter Stacheldraht“ wurde die Finanzierung ermöglicht. Dafür allen herzlichen Dank.

### Kontakt

Hanns Osterloh  
Junkersstrasse 31 d  
38820 Halberstadt  
Tel.: 03941 443590



Foto: Hanns Osterloh

Erinnerung an Massengrab im Wald von Schmachtenhagen.





# Die russische Aufarbeitungs- und Menschenrechtsorganisation MEMORIAL erhält den Friedensnobelpreis 2022

Berlin, 07.10.2022. Wie das norwegische Nobelkomitee in Oslo bekannt gab, wird der Friedensnobelpreis 2022 an die russische Aufarbeitungs- und Menschenrechtsorganisation MEMORIAL sowie an den inhaftierten belarussischen Menschenrechtsanwalt Ales Bjalatzki und das ukrainische Center for Civil Liberties verliehen.

„Wir gratulieren allen Preisträgern! Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der anhaltenden politischen Unterdrückung in Russland und Belarus ist dies ein wichtiges Zeichen der Solidarität. Seit vielen Jahren treten die Preisträger unter hohem persönlichen Einsatz und Gefahr für die eigene Freiheit für Menschenrechte und Demokratie ein. Dafür gebührt ihnen unser aller Respekt!“, sagte die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Anna Kaminsky.

Im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig erfolge ein öffentliches Gespräch mit der Mitgründerin von MEMORIAL und der frisch gekürten Nobelpreisträgerin Irina Scherbakowa. Anna Kaminsky, die Direktorin der Bundesstiftung Aufarbeitung sagte: „Es ist uns eine Freude und Bedürfnis, an dieser Veranstaltung mitzuwirken und der Preisträgerin persönlich unsere Glückwünsche überbringen zu können.“

## Weitere Informationen

<https://www.hdg.de/zeitgeschichtliches-forum/veranstaltungen/einblicke-zur-situation-der-russischen-zivilgesellschaft-2022-10-08t000000z>

Tilman Günther  
Fon: 030 31 98 95 225

E-Mail: [t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de](mailto:t.guenther@bundesstiftung-aufarbeitung.de)

## Sichtbarer Ausdruck des Protestes gegen den völkerrechtlichen Angriffskrieg gegen die Ukraine

Am Freitag, den 07.10.2022, protestierte parallel eine Gruppe der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) vor der russischen Botschaft unter dem Motto: „Trauer um Putins Opfer am 70. Geburtstag des Kriegsverbrechers“.

Zitat: „Putin wird heute 70 Jahre alt. Wir sehen keinen Grund, zu feiern. Wir trauern um seine zahlreichen Opfer. In diesem Moment mit einer Mahnwache vor der Russischen Botschaft in Berlin.“

Die Gesellschaft für bedrohte Völker ist eine international tätige Nichtregierungsorganisation, die sich für den Schutz von Minderheiten weltweit einsetzt, insbesondere für die Rechte von religiösen, sprachlichen und ethnischen Minderheiten. Begleitet wurde die Mahnwache von Michael Leh. Er studierte Geschichte und Politik in München und arbeitet heute als freier Journalist in Berlin und schreibt u.a. für das liberal-konservative Meinungsmagazin „Tichys Einblick“.



Aktion der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ (GfbV) vor der russischen Botschaft. Auf dem Mittelstreifen Unter den Linden gegenüber der Botschaft lagen viele Blumen im Gedenken an die Opfer insbesondere in der Ukraine, Gezeigt wurden Fotos von zerstörten zivilen Einrichtungen, Kinderspielzeug und Kinderschuhen.

## Nazis in der Ukraine?

Was meint Putin, was meinen die russischen Fernsehkommentatoren, wenn sie von Nazis in der Ukraine sprechen?

In Deutschland verbindet man mit dem Begriff „Nazi“ die Erinnerung an die im deutschen Nationalsozialismus praktizierte rassistisch motivierte Ausgrenzung von Juden und schließlich an den an den Juden verübten Massenmord. Ein Nazi ist folglich ein Mensch, der die nationalsozialistische Judenvernichtung für legitim hält. Das macht auch den gravierenden Unterschied zwischen den im 20. Jahrhundert etablierten Herrschaftsformen Faschismus und Nationalsozialismus aus. Denn der italienische, spanische, portugiesische Faschismus usw. waren wohl menschenverachtende Diktaturen, die aber nicht den Antisemitismus als obligatorisches ideologisches Element beinhalteten, im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus.

Was meint also Putin, wenn er die Ukraine, einen Staat mit einem jüdischen Präsidenten, als einen Nazi-Staat bezeichnet? Im Verständnis von Putin, das sich an die sowjetische Sicht anlehnt, war nicht

die Vernichtung der Juden, sondern die Ausrottung der Slawen, insbesondere der Russen, das primäre Ziel der deutschen Nationalsozialisten. In der sowjetischen Interpretation des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen wurde die rassistische Verfolgung und Vernichtung der Juden vollständig ausgeblendet. Die ermordeten Juden tauchten in sowjetischen Gedenkstätten an Nazi-Verbrechen nur als Sowjetbürger auf. Dieser Interpretation des Nationalsozialismus schlossen sich die Propagandisten der Ostblockstaaten an. Auch in der DDR und in Polen wurden in KZ-Gedenkstätten die jüdischen Opfer nicht explizit benannt, obwohl sie in den meisten KZs die Mehrheit der Opfer ausmachten. Auch wurde in der DDR nie vom Nationalsozialismus, sondern nur vom „deutschen Faschismus“ gesprochen, um die Verwirrung zu vermeiden, die Nazis als Sozialisten zu sehen.

Wer sind also für Putin die ukrainischen Nazis? In der russischen Erinnerungspolitik nimmt der 09. Mai als der Tag der Befreiung von den deutschen Nationalsozialisten den höchsten Rang ein. Es ist der Tag der Erinnerung an die

Millionen sowjetischen Opfer im Kampf gegen die nationalsozialistischen deutschen Invasoren und besonders an die zivilen Opfer, von denen die meisten Russen waren. Dass unter den Opfern auf sowjetischer Seite auch Millionen Ukrainer zu beklagen waren, wird in der aktuellen politischen Lage ausgeblendet. Stattdessen werden die mit den Nazis bei Morden an bolschewistischen Russen kollaborierenden ukrainischen Nationalisten herausgehoben, als deren ideelle Erben die heutigen politischen Führer der Ukraine betrachtet werden. Die Morde der ukrainischen Nationalisten an Juden und Polen werden dabei weitgehend ausgeblendet. So entsteht also das Bild der ukrainischen Nationalisten als der ukrainischeren Nazis, deren Hauptziel Massaker an Russen gewesen seien, was der historischen Wahrheit widerspricht. Und so ist auch die abstruse russische Definition der „Nazis“ aus der Taufe gehoben worden, dass nämlich ein Nazi ein Individuum ist, das die Russen hasst und bekämpft. In diesem Sinne sind die gegen die russische Invasion kämpfenden Ukrainer alle Nazis und der gegen die russische Invasion kämpfende ukrainische Staat ein Nazi-Staat.

Gabriel Berger

## Charmantes Lächeln von Gespenstern

Reiseimpressionen aus dem Iran in ruhigen Zeiten.

Erster November 2017 drei Uhr nachts Ankunft unserer Reisegruppe in Shiraz, nach einer Zwischenlandung und längerer Wartezeit in Istanbul. Vor dem Verlassen des Flugzeugs bedecken alle Frauen pflichtgemäß ihre Haare mit Kopftüchern.

Bei Spätherbst-Temperaturen von bis zu 30 Grad wirkt das Zentrum der Stadt, bis auf den Autoverkehr, am Tag ziemlich unbelebt. Doch nach dem in dieser Jahreszeit sehr frühen Sonnenuntergang füllen sich die Straßen mit Erwachsenen und Kindern. In der erfrischenden Abendkühle herrscht eine orientalisch hektische Betriebsamkeit. Neben den unauffällig, westlich gekleideten Männern huschen, Gespenstern gleich, meist schwarz verhüllte Frauengestalten durch die Straßen. Ein für viele Europäer nicht gerade gewohnter Anblick, es sei denn man kennt die Szenerie etwa aus Berlin Kreuzberg oder Neukölln.

Doch bald zeigt sich, dass die Menschen, auch die pflichtgemäß verschlei-

erten Frauen, zu Fremden außerordentlich freundlich sind. Immer wieder wird man mit „Hallo“ begrüßt und meist im schlechten, manchmal aber im guten Englisch in ein Gespräch verwickelt. Die Verkäufer und Verkäuferinnen lächeln die fremdländischen Kunden an und sind jederzeit offen für einen Smalltalk. Und, welch ein Wunder, trotz der muslimischen Verkleidung reichen die Frauen Männern zur Begrüßung die Hand. Wohltuend ist, dass man durch die Läden und Basarstände einfach schlendern und sie mühelos wieder verlassen kann, ohne, wie in arabischen Ländern üblich, von Verkäufern an der Kleidung gezerrt und zum Kauf genötigt zu werden.

Es fällt auf, dass viele junge Frauen, aber auch junge Männer ein Pflaster auf der Nase haben. Werden sie darauf höflich angesprochen, berichten sie verlegen lächelnd, dass sie sich einer Schönheitsoperation unterziehen ließen, um den orientalischen Höcker von der Nase zu

entfernen. Eine kleine, gerade Nase gilt im Iran bei Frauen, aber auch bei vielen Männern, als ein Schönheitsideal, das ihnen die etwa 2000 Euro für eine Operation wert ist.

Seit dem endgültigen Sieg der islamischen Revolution Ende 1979 ist es im Iran für Frauen Pflicht, den Kopf mit einem Hidshab oder Tschador zu bedecken. Nur das Gesicht und die Hände der Frauen dürfen in der Öffentlichkeit sichtbar sein, auch nicht die weiblichen Körperformen. Darüber werden alle Touristinnen vor der Reise informiert. Die meisten Iranerinnen tragen einen schwarzen Tschador der den Körper vom Kopf bis zu den Füßen, bis auf das Gesicht, lückenlos bedeckt, manche einen Hidshab, der den Kopf einhüllt, ohne das Gesicht zu verdecken, und dazu ein lockeres langes Kleid oder einen Mantel. Es fällt Fremden auf, dass die Gesichter vieler junger iranischer Frauen ungewöhnlich ebenmäßig und schön sind. Die dunklen Augen sind exakt wie

von einer Visagistin angemalt, die Nase und die Lippen vollkommen, als seien sie von einem Künstler geformt. Gesichter von Fotomodellen. Da fällt mir hierfür ein plausibler Grund ein: Da es iranischen Frauen, gemäß islamischer Vorschriften, um Männer nicht zu reizen, verboten ist, in der Öffentlichkeit die Haare und Körperformen zu zeigen, treiben sie einen für westliche Frauen unüblichen Aufwand mit der erotischen Gestaltung des Gesichtes. Zudem werden die Hände außerordentlich sorgfältig gepflegt, die Fingernägel lackiert. Als außenstehender männlicher Betrachter stelle ich fest, dass sie dabei sehr erfolgreich sind. Zudem blicken iranischen Frauen dem entgegenkommenden Mann meist direkt in die Augen. Man erschrickt förmlich, weil das in Deutschland einem Flirtversuch mit einem Fremden gleichkäme und deshalb ein ungeschriebenes Tabu ist. Doch offensichtlich erwarten iranische Frauen, die für die Gestaltung ihrer Gesichter so viel Mühe aufgebracht haben, hierfür die bewundernde Anerkennung des männlichen Geschlechts. Wie könnte man sie ihnen verwehren! Da die Kunst erotisierender Gesichtsgestaltung in dieser Region eine Jahrtausende alte Tradition hat, vermag eine noch so rigide religiöse Diktatur sie nicht auszulöschen. Obwohl die bis auf das Gesicht verhüllten Frauen auf den ersten Blick züchtig wie Nonnen wirken, verbreiten sie im direkten Kontakt eine Atmosphäre ungezwungener Lockerheit. Den Tschador oder Hidshab lassen sie am Kopf lässig nach Hinten gleiten, so dass das offizielle Verbot, in der Öffentlichkeit Haare zu zeigen, weitgehend ausgehebelt wird.

Diese spontanen Beobachtungen sagen womöglich mehr über die zwischenmenschlichen Verhältnisse im Iran aus, als journalistische Berichte oder Lagebeschreibungen, die ausschließlich das politische System im Blick haben. Im Iran scheint sich, jenseits von Politik und Religion, eine stille Wandlung zu vollziehen, die auf eine langsame Verdrängung religiöser Verhaltensnormen aus dem Alltag hinauslaufen könnte. Schon jetzt beklagen die Mullahs die fast leeren Moscheen und die Geburtenrate ist in den letzten Jahren stark eingebrochen. Es sind allerdings in den ärmeren Stadtteilen, so konnte ich es in der Millionenstadt Isfahan, in der Hauptstadt Teheran oder auf den Dörfern beobachten, Frauen zu sehen, die unter dem Tschador sorgfältig alle Kopfhaare verbergen und scheu zur Seite blicken, wenn ihnen ein fremder Mann entgegenkommt. Auch ist die Dienstkleidung der

zahlreich in Hotels, Läden, Apotheken beschäftigten Frauen auffallend islamisch züchtig. Zudem sind Portraits des Revolutionsführers und Gründers des Islamischen Republik Iran Ayatollah Khomeini sowie seines noch heute amtierenden Nachfolgers Ayatollah Khamenei überall präsent, an Fassaden von Moscheen, an Kinos, öffentlichen Gebäuden, in Hotels. Man wird an die allgegenwärtigen Portraits von Lenin und Breschnew in der Sowjetunion oder von Honecker in der DDR erinnert. Und überhaupt scheint im Iran vieles wie einst im Ostblock zu funktionieren. Iran ist heute ein islamischer Obrigkeitsstaat und darin den untergegangenen kommunistischen Obrigkeitsstaaten durchaus ähnlich. Wie dort gibt es im Iran ausländische Feinde, die immer wieder in ritualisierten Massenversammlungen lautstark zu verdammen sind. Und es sind die gleichen Feinde, wie einst in der Sowjetunion oder der DDR. „Tod den USA, Tod Israel“ schreien die Demonstranten und dieser Slogan ist zuweilen auch an Häuserwänden präsent, meist für uns unlesbar in Persisch, manchmal aber in Englisch. Der Anlass für die Demos war dieses Mal der Jahrestag der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran im November 1979 durch iranische Studenten. Jährlich erinnert man sich im ganzen Land an diese vermeintliche Heldentat. Und wer erinnert sich noch daran, dass die heute größten Feinde des Landes, USA und Israel, in der Schah-Zeit die besten Freunde Irans gewesen sind? Auch die Struktur der iranischen Herrschaft erinnert an die der ehemaligen Ostblockstaaten. Dem Zentralkomitee entspricht im Iran der aus 86 Geistlichen bestehende „Expertenrat“, dem Politbüro der zwölfköpfige „Wächterrat“, dem Generalsekretär der „Revolutionsführer“ und schließlich der marxistischen Ideologie der schiitische Islam. Zudem gehören Versatzstücke des Marxismus heute zum ideologischen Repertoire der meisten Richtungen des Islamismus, auch des schiitischen.

Ein Mitreisender aus der ostdeutschen Stadt Leipzig fasste seine Eindrücke vom Iran wie folgt zusammen: „Es ist hier wie früher in der DDR, mit Ausnahme der Reisefreiheit, die die Iraner, im Gegensatz zu DDR-Bürgern, haben.“

Seine Fortexistenz bis in die heutige Zeit hat Persepolis nicht zuletzt dem muti-



Fotos: Gabriel Berger

01/11/2017



01/11/2017



Auf einem der Bilder ist eine Kunsthandwerkerin in ihrem Laden zu sehen, auf einem iranische Schülerinnen, und auf einem zwei Frauen, die Schischa (Wasserpfeife) rauchen.

gen Engagement iranischer Bürger zu verdanken. Denn unmittelbar nach der Machtergreifung durch Khomenis schiitische Fanatiker beschlossen diese die Städte des Götzenkultes Persepolis zu zerstören, ähnlich wie es knapp vierzig Jahre später die syrischen IS-Kämpfer in Palmyra wirklich taten. Die Bewohner umliegender Ortschaften hinderten die Revolutionsgarden an der Verwirklichung ihres bilderstürmerischen Vorhabens. Heute sind im Iran alle über die Existenz von Persepolis mehr oder weniger glücklich, selbst die herrschenden Mullahs und die Revolutionsgarden. Denn neben den Jahrhunderte alten, ohne Frage sehenswerten, bunten Moscheen, Medressen und Palästen lassen sich die antiken vorislamischen Stätten in dem vom westlichen Boykott gebeutelten Land glänzend touristisch vermarkten. Es tut aber weh, in Persepolis unzählige Zeugnisse des weit zurückliegenden islamischen Vandalismus zu sehen, Statuen ohne Köpfe oder mit mutwillig zerstörten Gesichtern. Dass die überragend schönen Reliefs erhalten geblieben sind, verdanken sie dem trockenen Wüstenklima und der Tatsache, dass sie bis zu deren Ausgrabung durch deutsche Archäologen in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts vom Wüstensand zugeschüttet waren. Doch viele aus dem Sand heraus ragenden Teile der einstigen antiken Metropole wurden schon vor Jahrhunderten zu wehrlosen Opfern des religiösen Fanatismus.

Der geplante Besuch des Grabes von Kyros II (aus dem 6. Jh. vor Christus) in der alten persischen Residenz Pasargade, aus der Zeit vor der Errichtung von Persepolis, fällt für unsere Reisegruppe aus. Grund: der im Iran jährlich begangene Kyros-Tag. Kyros II auch als der Große bezeichnet, gilt als der Gründervater des persischen Reiches. In jüngster Zeit wurde Kyros der Große für die junge Generation zur Symbolfigur eines besseren, nichtislamischen Iran. Ende Oktober 2016 versammelten sich an seinem Grabmal in Pasargade bis zu 50.000 junge Iraner. Sie demonstrierten gegen die Islam-Diktatur und äußerten offen ihre Sympathie für die Freiheiten in der Zeit des letzten Schahs Mohamad Resa Pahlawi. Es war zugleich eine Demonstration gegen den arabischen Einfluss. Gegner der Mullahs werfen den Arabern noch heute die 1400 Jahre zurückliegende Islamisierung Persiens vor. Die herrschenden Mullahs befürchteten auch in diesem Jahr Gedenkfeiern und Demonstrationen zur Erinnerung an den letzten Schah, weshalb sie die Zufahrts-

straße nach Passargade abriegelten. Die Revolutionsgarde hinderte unseren Bus am Weiterfahren.

Weltweit berühmt ist Yazd wegen des bis heute aktiven Zentrums der zoroastriischen Religion, mit dem erst 1934 erbauten Feuertempel. Bis zur Islamisierung Persiens durch arabische Eroberer im 7. Jahrhundert war der Zoroastrismus die vorherrschende Religion in Persien. Heute gibt es im Iran eine kleine standhafte Minderheit von etwa 20.000 Anhängern dieser urpersischen Religion, in deren Mittelpunkt die Weisheiten des Propheten Zarathustra stehen. Seiner Lehre nach gibt es nur den einen Gott Ahura Mazda, der die Welt geschaffen hat. Die Religion ist demnach monotheistisch, der Kampf zwischen Gut und Böse prägt den Glauben. Der Sieg des Guten über das Böse soll am Tag des Jüngsten Gerichts kommen. Bis zu diesem Tag haben die Menschen freie Wahl, sich für den rechten Weg zu entscheiden. Die Lehre Zarathustras hat drei wichtige Grundsätze: gute Gedanken, gute Worte, gute Taten. Als Autor des Textes „Also sprach Zarathustra“ erfreut sich Friedrich Nietzsche unter Anhängern Zarathustras großer Popularität. Im heutigen Iran bieten die Lehren Zarathustras so manchem Gegner der Islam-Diktatur die Inspiration als urpersisches nationales Gedankengut.

Die Millionenstadt Ghom ist das Zentrum der schiitischen Religion Irans. Die meisten der etwa 200.000 Mullahs von Iran haben hier an einer der islamischen Bildungseinrichtungen ihr Studium beendet. Wir besuchten die private Universität der Religionen in Ghom. Einer der Teilnehmer unserer Gruppe stellte die Frage, wie es denn der Iran mit der im Westen verbindlichen Trennung von Staat und Religion halte. Darauf antwortete der Mullah, der Islam kenne das Konzept der Trennung von Staat und Religion nicht. Die Menschen im Iran hätten sich aber mehrheitlich für den schiitischen Islam als Staatssystem entschieden. Damit waren für alle Anwesenden die Fronten klar.

Für den Nachmittag unseres vorletzten Tages im Iran wurde von der Reiseleitung ein Treffen in der deutsch-evangelischen Gemeinde von Teheran arrangiert. Mühsam quälte sich unser Reisebus durch den dichten Verkehr zum Zielpunkt im Norden der riesigen Stadt. Von der Pfarrerin der Gemeinde erfuhren wir, dass diese regelmäßig jeden Dienstag von etwa zwanzig deutschen Frauen besucht wird, die mit Iranern verheiratet sind, meist schon

seit vielen Jahrzehnten. Sie suchen und finden hier ein Stück deutsche Heimat. Ihre Treffen unterliegen aber strengen behördlichen Auflagen: Weder ihre Ehemänner, noch ihre a priori als muslimisch geltenden Kinder dürfen an den Treffen teilnehmen, denn im Iran ist Missionieren wohl für den schiitischen Islam, aber für keine andere Religion zugelassen.

Neben den vielen spektakulären Bauwerken haben mich die freundlichen, Fremden gegenüber offenen Menschen im Iran beeindruckt, besonders aber die Frauen, die auf subtile Weise die islamischen Verbote unterlaufen. Von Teheran aus traten wir den Rückflug nach Deutschland an, wie bei der Anreise mit einer Zwischenlandung in Istanbul. Kaum in Istanbul angekommen, zerrten alle im Flugzeug sitzenden Frauen, vermutlich auch die meisten Iranerinnen, ihre Tücher von den Köpfen. Endlich konnten sie sich wieder in der Öffentlichkeit als Frauen und nicht als Gespenstern ähnelnde geschlechtslose Wesen zeigen.

### Nachtrag

Der Tod der 22jährigen Mahsa Amini am 16. September 2022 nach ihrer Verhaftung durch die Sittenpolizei wegen „Verletzung islamischer Kleidungs Vorschriften“ hat im Iran eine neue Situation geschaffen. Die von mir vor fünf Jahren als Tourist beobachteten stillen Demonstrationen der Ablehnung islamischer Kleidungs Vorschriften durch junge Frauen sind in offenen Widerstand umgeschlagen, an dem sich als Betroffene vorwiegend Frauen beteiligen. Ihrer Unerschrockenheit und ihrem Mut, angesichts brutaler Repression seitens der iranischen Polizei, die inzwischen mindestens 40 Todesopfer gefordert hat, gebührt unsere vorbehaltlose Achtung und Bewunderung. Sieht man im Fernsehen und in sozialen Medien die Bilder von Straßenschlachten mit der Polizei und von iranischen Frauen, die demonstrativ ihre Tücher vom Kopf reisen, mit ihnen wedeln oder sie gar öffentlich verbrennen, muss man es als einen Hohn und Mangel an weiblicher Solidarität empfinden, wenn manche westlichen Feministinnen das Kopftuch als Ausdruck persönlicher Freiheit muslimischer Frauen verteidigen. Die iranischen Frauen zeigen heute unmissverständlich: Tschador, Hijab und Kopftuch sind primär nicht religiöse Zeichen, sondern Symbole der Unterwerfung von Frauen unter die männliche, patriarchale Diktatur.

## Gedenkveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Aus Anlass des 74. Jahrestages der Schließung des Lagers Fünfeichen und gleichzeitig 31 Jahre erfolgreiche Erinnerung- und Aufarbeitungstätigkeit zum Lager Fünfeichen/Neubrandenburg gedachten am 17.09.2022 die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen. Daran nahmen u.a. Teil, Kai Seiferth, stellvertretender Landrat Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Silvio Witt, Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, Dr. Rita Lüdke, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen sowie Dieter Dombrowski, Vorsitzende der UOKG.

Das Stammlager Neubrandenburg im heutigen Stadtgebietsteil Fünfeichen von

Neubrandenburg wurde 1939 als Stammlager (Stalag) II A des Wehrkreises II (Stettin) als Internierungslager für Kriegsgefangene der deutschen Wehrmacht errichtet. Noch bis Ende April 1945 wurde es zu diesem Zwecke genutzt. Ungefähr jeder zehnte Häftling verstarb dort.

Nach dem Krieg wurde es von Juni 1945 bis Anfang 1949 im Rahmen einer Säuberungswelle von der sowjetischen Besatzungsmacht als NKWD-Speziallager Nr. 9 weitergenutzt. Die meisten der Inhaftierten waren Mitglieder oder kleinere Funktionsträger (wie Block- und Zellenleiter, Ortsgruppenleiter usw.) der NSDAP oder anderer NSDAP-Organisationen. Infolge von Denunziationen kamen dabei auch Unschuldige in Haft. Ungefähr jeder dritte Häftling überlebte die Strapazen nicht. 🇺🇸



Gedenkansprache Dieter Dombrowski, Vorsitzender der UOKG, an der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen.

## Wanderausstellung zur Zwangsarbeit in der ehemaligen Brikettfabrik Knappenrode

Am 03.10.2022 wurde in der heutigen musealen Energiefabrik Knappenrode die Wanderausstellung „Hammer-Zirkel-Stacheldraht“, die die Zwangsarbeit von politischen Häftlingen in der DDR, speziell im Bundesland Sachsen-Anhalt beinhaltet, eröffnet.

In der vom Strukturwandel stark geprägten Region gehört die ehemalige Brikettfabrik Knappenrode (Bkf) zu den Sächsischen Industriemuseen. Bereits 1993 mit der Schließung des Betriebes wurde die Umwandlung in ein Museum beschlossen. Im Oktober 2020 wurde die neue und den musealen Anforderungen unserer Zeit angepasste Dauerausstellung eröffnet. Das riesige Gelände ist aber nicht nur ein Museum, welches den Besuchern einen Einblick in die Geschichte der Fabrik von 1913 bis 1993 und der Lausitzer-Braunkohle-Region ermöglicht, sondern auch eine Begegnungsstätte. So werden die großflächigen Räume und Hallen ebenso für Kunst-, Kultur- und Musikevents und städtische, familiäre oder betriebliche Feste genutzt. Allemal ein Gewinn für die Region.

Die engagierten Mitarbeiter, zwölf an der Zahl, möchten nun auch die Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der ehemaligen Brikettfabrik Knappenrode mehr

in den Blick der Aufarbeitung nehmen und Untersuchungen dazu anstellen. Die Museumsleiterin Maria Schöne nahm den diesjährigen Tag der deutschen Einheit zum Anlass, die Wanderausstellung „Hammer-Zirkel-Stacheldraht“ zu eröffnen und somit als Einstieg in die Thematik zu nutzen. An dieser Stelle soll an den Zeitzeugen-Aufruf im Stacheldraht 7/2022, S. 15 erinnert werden. Auch der Autor der Ausstellung, Dr. Christian Sachse, war zugegen und sprach ein Grußwort.

Laut der Museumsleiterin Maria Schöne ist ein Dokument gefunden worden, aus dem hervorgeht, dass auf dem Gelände

der Brikettfabrik eine Baracke explizit für den Einsatz von Strafgefangenen errichtet werden sollte. Laut den Ausführungen zweier Besucher der Eröffnungsveranstaltung gab es diese Baracke, in der Strafgefangene, getrennt von den restlichen zivilen Werkträgern, wohl Ketten und Schaufeln ausbessern mussten. Aber diese Informationen sind noch sehr vage und müssen weiter untersucht werden. Die Eröffnung der Wanderausstellung war ein gelungener Auftakt und wir freuen uns auf die weitere konstruktive Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Energiefabrik Knappenrode.

Sandra Czech



Knappenrode Sandra Czech, Maria Schöne, Dr. Christian Sachse.

# Neuigkeiten über die zukünftige Gedenkstätte Hoheneck

Der Bau der Gedenkstätte Hoheneck und die inhaltliche und gestalterische Planung der Dauerausstellung gehen mittlerweile in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Frauen gut voran. Im September 2022 fanden zwei Treffen statt über die wir an dieser Stelle berichten möchten.

## Brandschutz-Treffen

Am 01.09.2022 trafen sich unter Anwesenheit des Landrats Rico Anton, zuständige Vertreter des Landes Sachsen, der Stadt Stollberg, des Denkmalschutzes, des Bauplanungsbüros, des Interimbüros sowie ein zusätzlicher Brandschutzexperte und natürlich die Opferverbände, um über einige den Brandschutz betreffende Aspekte zu beraten. Es ging in erster Linie um das bereits stark veränderte Treppenhaus des Südflügels, welches an den Westflügel anschließt. Frau Helber vom „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen in der SBZ/SED-Diktatur e. V.“, kurz Frauenforum genannt, verdeutlichte Landrat Rico Anton und den zuständigen Vertretern des Denkmalschutzes sehr eindrucksvoll, dass das Treppenhaus ein Ort der Grausamkeit war, indem die Insassinnen bis zur Erschöpfung auf- und abgehen oder stundenlang stehen mussten. Umso verständlicher war das Entsetzen über die bereits getätigten Baumaßnahmen wie den abgeschlagenen Wandputz, den demontierten Handlauf und die Überziehung der originalen Stufen im gesamten Treppenhaus mit einem Betonüberzug, ausgenommen davon waren nur der unterste Bereich zum Keller und der oberste Bereich zum Dachgeschoss.

Der Brandschutz eines von Besuchern frequentierten Gebäudes ist abhängig von den Personenströmen im möglichen Notfall. Die bisherige Bauplanung sah vor, dass das eben beschriebene Treppenhaus und zusätzlich das offene Zellentreppehaus des Südflügels – der für die Führungen vorgesehen ist – als Fluchtwege genutzt werden. Dies wirkte sich zwangsläufig auf die Baumaßnahmen aus und hatte die bereits beschriebenen Umbauarbeiten im Treppenhaus 1 zur Folge. Das Zellentreppehaus 2 musste auf Grund dieser Planung brandlastfrei sein. Das bedeutete allerdings, dass eine Ausstattung der begehbaren Südflügelzellen bspw. mit Matratzen und anderem Mobiliar nicht erlaubt wäre.

Dank des konstruktiven Treffens und des Verständnisses von Seiten des Landrats Rico Anton, den Vertretern der Denk-

malschutzbehörde und der Bauplanung konnten gemeinsam vertretbare Lösungen gefunden werden. Die Baupläne werden bzgl. der Personenströme geändert, sodass das Zellentreppehaus 2 nicht mehr als Fluchtweg eingeplant wird und die Zellen im Südflügel mit Matratzen u.a. ausgestattet werden können. Die Bauarbeiten im Treppenhaus 1 können nicht rückgängig gemacht werden – hier ist sozusagen das Kind in den Brunnen gefallen – wenn der Beton heruntergerissen werden würde, wäre auch die Bausubstanz der Stufen so gut wie weg. Insofern konnte hier nur ein Kompromiss gefunden werden, der vorsieht zumindest den Wandputz und den Handlauf/Geländer in seinem alten Aussehen wieder herzustellen und die noch nicht davon berührten untersten und obersten Stufenbereiche im Originalzustand zu belassen.

## Informationsveranstaltung

Das Interimbüro mit Prof. Stephan Appellius und Elke Kühns lud zum 26.09.2022 zu einer weiteren Informationsveranstaltung zur geplanten Dauerausstellung in der Gedenkstätte im Großen Sitzungssaal des Rathauses Stollberg ein (Foto). Der Oberbürgermeister Marcel Schmidt ließ sich für die Veranstaltung entschuldigen und ließ Grüße an alle 26 Anwesenden und den online zugeschalteten Teilnehmern ausrichten.

Anwesend waren von den Opferverbänden das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“ mit Konstanze Helber als Bundesvorsitzende, der „Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V.“ mit Regina Labahn als Vorsitzende, die UOKG e.V. mit Sandra Czech und viele weitere ehemalige Inhaftierte. Von Seiten der Stadt Stollberg waren die Amtsleiterin der Stadtverwaltung Frau Kägebein, Mitarbeiter der Stadtverwaltung Stollberg, Gunter Weissbach vom Stadtrat Stollberg – vielen als Referent bekannt, die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Nancy Aris, Herr Härtig vom Land Sachsen und Frau Ulrike Abraham von der sächsischen Zeitung Freie Presse.

Die geplante Dauerausstellung in der zukünftigen Gedenkstätte Hoheneck wurde von Prof. Appellius inhaltlich erläutert. Die Ausstellung erinnert an die Schicksale der Frauen, an die deutsch-deutsche Teilung und ihrer Folgen bis zur Wiedervereinigung im Jahre 1990. Die Gedenkstätte ist ein Ort

mit Potenzial für spätere Sonderausstellungen, in der einzelne Aspekte ausführlicher dargestellt werden können. Die Exponate und Erklärungen erzählen die Geschichte der inhaftierten Frauen und des Ortes zwischen 1945-1990. Die Historie wird an Hand vieler Zeitzeugen sichtbar gemacht und lassen die Geschichte lebendig werden. So entsteht neben den wissenschaftlichen Ausführungen ein originales Bild der dramatischen Ereignisse jener Zeit.

Inzwischen sind 75 Prozent des Inhalts für die Dauerausstellung konzipiert. Die Dauerausstellung wird in 7 Räumen mit 28 Stationen unterteilt. Zu jeder Station wird ein Drehbuch geschrieben. Es gibt Audiopassagen von Zeitzeugen im O-Ton, aber auch von professionellen Audiosprechern, die aus den Niederschriften der Zeitzeugen entnommen sind. Die Stationen einzeln aufzuführen und zu beschreiben wäre zu lang. Deshalb hier eine Auswahl der genannten 28 Stationen.

Die Orientierungszone befindet sich im Fahrstuhlbereich/Eingangsbereich. Man kommt aus dem Fahrstuhl, die Tür öffnet sich und der Blick fällt auf ein sehr großes schwarz-weißes Foto von Hoheneck aus dem Jahr 1989. Es wurde von einem Stollberger Fotograf aufgenommen, der bis 1948 als Wachmann im Gefängnis Hoheneck gearbeitet hat, aber dann von den Russen entfernt wurde, weil er nicht in die SED eintreten wollte. Zusätzlich wird ein Leitspruch für die Jahre 1945-1989 auf der Wand abgedruckt, der lautet:

**„Man hat mir etwas genommen, was man mir nicht zurückgeben kann: Ich traue den Menschen alles Unmenschliche zu“**

Im Raum 2, dem emotionalen Einstieg, wird die Station 1, die Wasserzelle, thematisiert und eine professionelle Sprecherin gibt die Aussagen von drei Betroffenen (§249 und 2mal §213) wieder. Die Wasserzelle bestand von Juni 1973 bis März 1976. Die Gestaltung wird an den Stand der Wasserzelle vom Sommer 1975 angepasst: eine hochgeklappte Holzpritsche und einen Kübel für die Notdurft. Zusätzlich wird ausgeführt, dass es im Keller von 1973 bis Ende 1975 zwei zusätzliche Arresträume gab, davon eine Wasserzelle. In dieser Zeit der höchsten Überbelegung gab es einen mehrfachen Wechsel des Gefängnisdirektors und chaotische Zustände. Alles ist überprüfbar.

Die Station 2 thematisiert die Männer von 1945-1949 anhand eines Zeitzeugen. Ein 18jähriger Lehrling verstarb auf Grund der katastrophalen Haftbedingungen, wie Hunger, Kälte und schlechter Hygiene. Es existiert ein Brief an seine Eltern, in dem er ganz genau die Haftbedingungen beschreibt. Ein professioneller Sprecher wird diese Geschichte erzählen.

Die Station 3 thematisiert die Unmenschlichkeit. Hier berichten die Zeitzeugen selbst und diese werden mit Fotos und Büchern ergänzt.

Die Station 4 hat den Funken der Rebellion zum Thema. Hier erzählen Frauen, wie sie sich ab Anfang 1988 auflehnten, Jahrzehnte nach dem Aufstand der SMT-Frauen 1953.

Die Station 5 ist ein multimedialer Erinnerungsort mit Informationen von 1945-1989. Hier wird eine Auswahl von Frauen anhand von Fotos und persönlichen Informationen aus den zentralen vier Dekaden im Stil eines alten Diaprojektors, der auf einem Holzgerüst steht, gezeigt. Jeweils 5 Frauen stehen für eine Dekade: Für die 50er Jahre – 5 SMT-Frauen, für die 60er werden noch Namensvorschläge angenommen, für die 70er Jahre – 4 Frauen (1 noch offen) und für die 80er Jahre.

Im Raum 3 befindet sich der analytische Einstieg. An den Stationen 8 bis 13 werden die chronologischen Phasen der Nutzung dargestellt: Königlich Sächsisches Weiberzuchthaus – Geschichte zum Gefängnis von 1864-1918, Nationalsozialismus, §175 Homosexualität, Anfang der 50er bis 1989. Zusätzlich wird ein interaktives Modell von Hoheneck mit dem Stand 1988/89 diesen Bereich ergänzen.

Im Raum 4 werden die unterschiedlichen Haftgründe näher beleuchtet. Die Stationen 13 bis 18 sind thematisch unterteilt in: Frauen in Politischer Haft – zwei Zeitzeugen berichten; Religiöse Verfolgung – Bibelforscher, Zeugen Jehovas, Politik; Grenze, Republikflucht – Zeitzeugen berichten; Unangepasstheit – neues Gesetzbuch von 1968 mit dem §249 sorgt für Überbelegung krimineller Frauen in Haft – Akten im Dezember 2022 verfügbar; Straftäterinnen des Nationalsozialismus – Akten im Dezember 2022 verfügbar.

Im Raum 5 wird das Haftregime anhand der Stationen 19 bis 23 dargestellt. Es werden folgende vier Themen aufgegriffen: zum Tode Verurteilte am Beispiel von Margot Jann und ihrer Freunde; Kinder



Gesprächs- und Beratungsrunde im Großen Sitzungssaal des Rathauses Stollberg.

hinter Gittern; Volksaufstand und Hungerstreik 1953 – er wird ausführlich durch eine Zeitzeugin geschildert; Jugendabteilung von 1965-1976, 14 bis 18jährige Mädchen waren streng abgegrenzt von anderen Häftlingen, brutale Haftrituale, Überbelegung, in der 4.Etage im Zellenhaus Rekonstruktion einer der Großraumzellen; Strafregime und Überwachung – MfS-Abteilung und Freikauf werden an dieser Stelle einfließen.

Im Raum 7 wird anhand der Stationen 27 und 28 die Wende- und Umbruchszeit dargestellt unter dem Motto: Ein neues Kapitel. Es werden Sachverhalte angesprochen wie: Was passierte mit dem Personal? ALLE bleiben! Inklusive SUTTINGER! Sie wird sogar zur Strafvollzugsoberspektorin. Ihre Rente war sicher! Die zweite Station wird sich dem Thema Spurensuche widmen. Hier werden drei Frauen (alle §213) im Spätsommer 1989 entlassen (Freikauf). Nach dem Mauerfall fuhr eine Frau zurück in den Osten und wollte alles öffentlich machen. Das damalige DDR-Fernsehen drehte dann vor Ort in Hoheneck im Februar 1990.

Über fast zweieinhalb Stunden hat Prof. Appellius ausführlich über die inhaltliche Gestaltung der Dauerausstellung referiert. Für die Gestaltung der Orte und Räume wird im Januar die Arbeit durch

die Agentur KOCMOC aufgenommen. Für Fragen und Diskussion war leider nicht mehr viel Zeit übrig, hatte man die Veranstaltung doch bereits um eine Stunde überzogen. Aber für Mitte Dezember 2022 ist ein nächstes Informationstreffen anberaumt und die Zeit für Fragen und Diskussion wird großzügig eingeplant. Die Informationen und Einladungen werden rechtzeitig über das Interimsbüro Gedenkstätte Hoheneck versendet werden.

Wir bedanken uns für die Benutzung des Sitzungssaals im Rathaus der Stadt Stollberg, für die Technik zur Onlinezuschaltung und für die vielen Informationen, die Prof. Appellius dem interessierten Publikum vermittelte.

Die Dauerausstellung der Gedenkstätte Hoheneck soll Ende 2023 eröffnet werden und der Eintritt wird für ehemalige Hoheneck-Inhaftierte frei sein.

Wir hoffen auf einen guten Verlauf bei der Errichtung der Gedenkstätte, insbesondere bei den weiteren Baumaßnahmen des Zellenhauses, um das Zellenhaus herum und die Sanierung des Ostflügels, wo sich die Schleuse (Ankunft der Häftlinge) und das MfS befanden.

Konstanze Helber, Sandra Czech  
und Karin Leberwurst

## UOKG-Wanderausstellung ,Mauern – Gitter – Stacheldraht'

Am 03.10.2022 war die Ausstellung erneut im Sächsischen Landesgymnasium Sankt Afra, Meißen, zu Gast. Das Eröffnungsreferat hielt der UOKG-Beauftragte Alexander W. Bauersfeld. In dieser Bildungseinrichtung lernen besonders begabte Schülerinnen und Schüler, die sich auch speziell mit der Aufarbeitung der Geschichte der SBZ/DDR beschäftigen.

Alexander W. Bauersfeld

## Frauenpower in Potsdam

Das in 2019 gegründete „FORUM FÜR POLITISCH VERFOLGTE UND INHAFTIERTE FRAUEN DER SBZ/SED-DIKTATUR e.V.“ hatte am 29.08.2022 zum Verbandstreffen eingeladen und zur anschließenden Vorstandswahl.

Denn das Thema des Treffens: UNSER LEID IST NICHT VERGESSEN müssen wir Frauen unbedingt der Politik und der Gesellschaft immer wieder einprägen. Dass man Frauen und sogar Kinder in der DDR mit langen Strafen bzw. Aufenthalt in Gefängnissen/Werkhöfen/Kinderheimen belegte, verbunden mit Zwangsarbeit, ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Dass man sie psychischer Zersetzung aussetzte, ihre Kinder zwangsadoptierte, ihnen – im günstigsten Fall – weit unter Qualifikation Arbeit zuwies, dazu wurden Gründe konstruiert wie: das Stellen von Ausreiseanträgen oder „illegales“ Verlassen des Landes, angebliche Kenntnis von Fluchtabsichten Anderer, „ungesetzliche Verbindungsaufnahme“, vermeintliches Herumtreibens junger Mädchen und Frauen, um sie unbefristet in sog. „Tripperburgen“ einzuliefern, Zwangsdropping von Sportlerinnen, all dies wird in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen. Die Auflistung von „Verbrechen“, für die man in der SBZ/DDR in die Fänge der Staatsgewalt geraten konnte, ist viel länger als hier beschrieben werden kann.

1945, nach Kriegsende geriet man in der SBZ schnell vor ein Sowjetisches Militär Tribunal (SMT), das nach stalinistischem Rechtsverständnis – ohne Nachweis, ohne Verteidigung – Haft- und Todesstrafen verhängte. Die 19jährige Margot Jann, geb. Senf, wurde beispielsweise zum Tode verurteilt wegen Äußerungen über die Besatzungsmacht. Später wurde sie noch „begnadigt“ und zu langjähriger Lagerhaft verurteilt. Zahllose ihrer Kameradinnen verschwanden in den Gulags.

Diese Frauen haben bis jetzt meist nicht geredet, weil sie bei der Entlassung zum Schweigen gezwungen wurden. Darum wurde in 2019 das lange überfällige FORUM gegründet. Wegen Corona konnten die beiden Vorsitzenden, Konstanze Helber und Carla Ottmann, erst jetzt zum ersten Verbandstreffen einladen, und zwar in die STIFTUNG GEDENKSTÄTTE LINDENSTRASSE in Potsdam. Raum und Technik wurden freundlicherweise zur Verfügung gestellt durch die engagierte Leiterin Maria Schultz. Die finanzielle Förderung der Veranstaltung durch „die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunisti-

schen Diktatur (LakD)“, Dr. Maria Nooke, wurde sehr geschätzt.

Einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten den Gebäudekomplex „Lindenhotel“ bereits als Häftlinge kennenlernen müssen, z.B. Gisela Lotz, ihr Ehemann und zwei Söhne, Angelika Cuno, Angelika Schmidt und ihr Ehemann Ralf. Sie waren anwesend und berichteten aus eigener Erfahrung.

Mit herzlichen Worten wurde die Versammlung von der Gastgeberin, Maria Schultz, Leiterin der Stiftung Lindenstraße, Willkommen geheißen. Danach erklärte Konstanze Helber die Veranstaltung für eröffnet. Sie begrüßte Frau Dr. Maria Nooke und freute sich, dass auch Frau Dr. Birgit-Katherine Seemann, „Fachbereichsleiterin Kultur und Museum der Landeshauptstadt Potsdam“ sowie Frau Lena Lenz von der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ als Referentinnen zugegen waren. Ein ganz besonderer Gruß ging an die ehemaligen Inhaftierten. Frau Dr. Nooke erklärte, sie verspüre negative Geschichte und Geschichten in den Räumen und stellte die Wichtigkeit der Aufarbeitung fest.

Frau Dr. Seemann äußerte, dass Orte wie die „Lindenstraße“ unbedingt sichtbar gemacht werden müssen. Sie forderte die Öffentlichkeit und vor allem die Politik auf, auch Frauenschicksale zu würdigen, denn bislang ist bei der Aufarbeitung hauptsächlich vom Leiden der Männer die Rede. Frauenschicksale werden tatsächlich bis heute nur marginal wahrgenommen. Und dass Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder als Ministerpräsident von Niedersachsen Frauen sogar abwertend einmal als „Gedöns“ abgetan hat – Zitat Seemann – ist inakzeptabel und frauenfeindlich.

Carla Ottmann betonte, dass durch Haft und Verfolgung die Frauen an Lebenszeit einbüßten, die Zeit ist einfach weg und kann nicht nachgeholt werden, insbesondere da es erst nach 1989 Möglichkeiten gab, hierüber zu reden.

Maria Schultz führte durch die Sonderausstellung WIR DACHTEN, WIR KÖNNTEN DIE WELT AUS DEN ANGELN HEBEN, entstanden nach einer Initiative Potsdamer

Frauen 1989-1995. Eröffnet wurde die Ausstellung im August und kann bis zum 08.01.23 besichtigt werden. Die Initiative der Frauen war am Aufbau demokratischer Strukturen in Potsdam beteiligt. Sie werden hierdurch nachträglich geehrt, indem ihre Geschichte von der Gründung bis zur Auflösung in 1995 noch einmal in der Ausstellung dargestellt wird.

Anschließend ging Bildungsreferent Michael Siems mit uns durch die Gedenkstätte = Haftzellen, Verhörräume, Kellerverliese, Treppenhäuser, Gänge, Flure, Höfe, es war bedrückend und machte sehr nachdenklich. Erstaunt waren wir Besucher beim Anblick einer „gemütlichen“ Zelle, ausgestattet mit dicken Polstermöbeln und TV sogar mit Aquarium. Die Stiftungsleitung erklärte hierzu, „dies seien Wohnbereiche für verurteilte Strafgefangene gewesen, die ihre Haftstrafe in der Untersuchungshaftanstalt ableisteten, indem sie sie kochen, putzen, waschen, heizen, renovieren etc. mussten. In MFS-Haftanstalten in anderen Bezirken und in Berlin war das ähnlich. Wohnbereiche waren besser ausgestattet als die der Untersuchungsgefangenen, auch die Lebensbedingungen waren günstiger als in anderen Haftanstalten der DDR“.

Am Nachmittag fand Neuwahl des Bundesvorstandes statt. Wiedergewählt wurden als 1. Vorsitzende Konstanze Helber und als stellvertretende Vorsitzende Carla Ottmann, Kassenwartin Cornelia Kurtz wurde ebenfalls bestätigt. Als Beisitzerinnen wurden Brigitte Selke und Birgit Schlicke gewählt. Frau Schlicke hatte ihr Einverständnis schriftlich erklärt, weil sie an persönlicher Teilnahme verhindert war.

Unser Ziel ist es, Schicksale von Frauen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, die unter SBZ- und SED-Diktatur als Unschuldige Opfer einer verirrten Ideologie ausgesetzt waren. Wir unterstützen die Frauen, damit sie bundesweit sowohl in der Gesellschaft als auch in der Politik wahrgenommen und anerkannt werden. Über weitere aktive Mitglieder würden wir uns freuen – nicht um gleich die „Welt aus den Angeln zu heben“, sondern um TEILNAHME und PARITÄT zu erwirken.



## Gott schreibt auf krummen Zeilen gerade

Dass unseren Träumen so schnell Flügel wuchsen, konnten wir 1982 nicht wissen. Als die evangelische Jugend von Leipzig-Probsteida, deren Jugenddiakon ich war, im November 1982 das Montags-Friedensgebet als Dauereinrichtung ins Leben riefen, konnte keiner auch nur ansatzweise ahnen, dass daraus sieben Jahre später die Friedliche Revolution erwachsen würde. Wir hatten nicht vor, das SED-Regime zu stürzen, dennoch war das der Anfang vom Ende des SED-Kommunismus auf deutschen Boden!

Heute werde ich das Gefühl nicht los, dass sich gerade jetzt die alten und neuen Vertreter der Neid-Debatte „Böser Kapitalismus – Guter Kommunismus“ bemüßigt fühlen, alle rotbeschilderten Register zu ziehen. Wittern sie – wie immer in der Not der Menschen – Morgenluft? Der sogenannte Kommunismus war und ist nichts anderes als ungebremster Staats-Kapitalismus, bei dem sich eine Clique von Parteifunktionären auf Kosten des Volkes bereichert! Denn das sogenannte Volkseigentum in der – Gott sei Dank – untergegangenen DDR gehörte nicht dem Volk, sondern einer Horde Moral-Elite-Kommunisten – den SED-Führungskadern. Schufen sich diese Parteibonzen „ihr Eigentum“ nach der Friedlichen Revolution 1989 für private Zwecke, hauptsächlich aber für gewisse Vereine und Stiftungen in die Schweiz?

Zweiunddreißig Jahre nach der Friedlichen Revolution und Wende 1989 finden sich nun immer mehr Leute, die sich Idee und Gründung des Leipziger Montags-Friedensgebetes als Dauereinrichtung auf die eigene Fahne schreiben. Es war wohl ein Fehler, dass ich mich um des lieben Friedens willen viele Jahre in Zurückhaltung geübt habe und aus dem zeitlichen und geographischen Abstand heraus diese merkwürdige Entwicklung nur beobachtete. Mein Lebensmittelpunkt ist nämlich seit zweiundzwanzig Jahren im schönen Oberbayern am Stadtrand von München.

Weil jetzt aber zu befürchten ist, dass sich auch die früheren Stasi-Funktionäre zu Gründern und Initiatoren des Montags-Friedensgebetes aufschwingen, bleibt mir letztendlich keine andere Wahl, als authentisch darzustellen, wie, weshalb und warum diese anfangs zahlenmäßig kleine Veranstaltung mit den großen Folgen tatsächlich entstand.

Ich fragte mich seinerzeit, warum die Geschichte vom Huhn, das als Adler geboren,

aber zum Huhn erzogen wurde, am Ende aber wieder zum Adler wird? Dieser Vergleich kam bei den Besuchern der Friedensgebete gut an? Warum waren die Menschen von dieser Geschichte offensichtlich zutiefst berührt? Ich erhielt jedenfalls von sehr vielen Friedensgebets-Besuchern ein positives Feedback für diese Analogie zum Leben in der DDR. Die Antwort lag auf der Hand: Die vom SED-Regime hinter Mauern eingesperrte DDR-Bevölkerung entdeckte sich in dieser Adler-Geschichte wieder. Und so mancher Friedensbewegte wurde sich plötzlich seiner wirklichen Fähigkeiten bewusst. Wenn man den Menschen jahrzehntelang eintrichert, ein „Huhn“ zu sein und gefälligst das eigene Leben auch als Huhn zu fristen – auf dem Boden des Hühnerhofes DDR – verlieren sie jeden Bezug zur Realität. Und: sie verlieren ihre Selbstbestimmung und damit auch jegliches Selbstwertgefühl.

Jede Diktatur lebt von der Entmenschlichung ihrer Bevölkerung. Das war bei Stalin so, das war bei Hitler so und ebenso bei Ulbricht und Honecker! Den Untertanen muss das eigenständige Denken aberzogen werden, denn nur willenlose Erfüllungsgehilfen bleiben der allmächtigen und vormundschaftlichen SED-Obrigkeit treu ergeben.

Warum hatte die DDR-Staatsführung so große Angst vor den Christen im Land? Warum hatten die Kommunisten (auch heute noch) solch große Angst vor diesen mehrere tausend Jahre alten Texten der Bibel, dass sie das „Buch der Bücher“ immer wieder als rückständig, mittelalterlich und wirklichkeitsfern verunglimpfen müssen? Wenn die Bibel tatsächlich so ein unwissenschaftlich-gestriges Märchenbuch ist, warum hatten die SED-Ideologen dann solch großen Horror vor den Christen? Ahnten sie vielleicht, dass in dieser Bibel eine lebendige Kraft steckt, die ihr vormundschaftliches System wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen lassen wird? Wir Christen haben immer wieder erfahren dürfen, die Bibel kann wahrhaftig menschenverachtenden Systemen jegliche Grundlage entziehen. Auch heute! Und auch morgen noch!


Karl Marx, der Begründer der Marxistisch-Leninistischen Ideologie, die von den meisten Menschen in der DDR als Ersatzreligion empfunden wurde, konstatiert die Unvereinbarkeit seiner „wissenschaftlichen Lehre“ mit dem Glauben der Christen und den Religionen überhaupt. In einer seiner

Schriften führt Karl Marx die Existenz von Religionen auf die politischen Zustände in der Gesellschaft zurück und resümiert, „Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen [...] Religion ist (also) Opium des Volkes.“ Dagegen faszinieren mich immer wieder die Aussagen solcher herausragenden Wissenschaftler wie Albert Einstein „Je mehr ich weiß, desto mehr weiß ich, dass ich nichts weiß“; oder die des Nobelpreisträgers Werner Heisenberg, der Gott nicht beweisen wollte, sondern seinem Gespür folgte und uns die Existenz Gottes bis heute greifbar nahebringt: „Der erste Schluck aus dem Becher der Naturwissenschaft macht atheistisch, aber auf dem Grunde des Bechers wartet Gott!“

Für Marxisten ist gemäß ihrer Pseudo-Religion folgerichtig, dass im „realen Sozialismus“ die Kirche nur ein unliebsamer Staat im Staate war und als solcher Klassen- und Staatsfeind Nummer Eins. Die SED-Staatsreligion „Marxismus-Leninismus“ konnte keine andere Religion neben sich dulden: „du sollst keine anderen Götter haben neben mir!“ Und so war all ihr politisches Bestreben darauf ausgerichtet, die Kirche klein zu machen, als ewig gestrig und mittelalterlich darzustellen und somit ein für allemal zu zersetzen (O-Ton Stasi). Was die Marxisten gestern wie heute aber gern mal verschweigen: der wissenschaftliche Kommunismus von Karl-Marx hat allein in der Sowjetunion, in China und in der DDR an die Hundertmillionen Tote zu verantworten! Und auch der Antisemitismus ist den Marxisten nicht fremd, denn schon ihr großer Vordenker Karl Marx schrieb in einem seiner Briefe an Friedrich Engels über den Juden Ferdinand Lasalle: „Es ist mir völlig klar, dass er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen. [...] Diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen – niggerhaft“ (nachzulesen in „Marx & Engels intim“, Random House Audio Verlag, München 2009).

Auch das war der Begründer der kommunistischen Pseudo-Religion Karl Marx – ungeschönt! Politisch korrekt nach heutigen Maßstäben war seine Denke und Sprache jedenfalls nicht, oder?

Günter Johannsen

Auszug aus dem Buch von Günter Johannsen: Als das Rote Meer grüne Welle hatte. Von der Nikolaikirche in die Freiheit, kartoniert 180 Seiten, ISBN: 3873367157. In Buchhandlungen bestellen oder über Amazon beziehen. 

## Ivan Iljin, Putins geistiger Mentor

Auf Initiative Putins ist im heutigen Russland der nationalkonservative antibolschewistische russische Philosoph Ivan Iljin (1883-1954), der seit 1922 in Westeuropa im Exil lebte, richtungweisend, ähnlich wie es in der sowjetischen Zeit Lenin gewesen ist. Iljins Texte gehören zur Pflichtliteratur in Bildungsinstitutionen, im Militär und in Verwaltungen Russlands.

Was Iljin am meisten zu beunruhigen schien, war, dass Italiener und nicht Russen den Faschismus erfunden hatten: „Warum haben die Italiener Erfolg gehabt, wo wir gescheitert sind?“ Als er 1927 über die Zukunft des russischen Faschismus schrieb, versuchte er, den russischen Vorrang zu etablieren, indem er den weißen Widerstand gegen die Bolschewiki als die Vorgeschichte der faschistischen Bewegung als Ganzes betrachtete. Die Weiße Bewegung sei auch „tiefer und breiter“ gewesen als der Faschismus, weil sie eine Verbindung zur Religion und das Bedürfnis nach Totalität bewahrt habe. Iljin verkündete „meinen weißen Brüdern, den Faschisten“, dass eine Minderheit die Macht in Russland übernehmen müsse. Die Zeit würde kommen. Der „Weiße Geist“ sei ewig.

Sobald er davon überzeugt war, dass die Juden sowohl für den Kapitalismus als auch für den Kommunismus verantwortlich waren, konnte Hitler den letzten Schritt tun und schlussfolgern, wie er es in Mein Kampf tat, dass Juden die Quelle aller Ideen waren, die das deutsche Volk bedrohten. In dieser wichtigen Hinsicht war Hitler tatsächlich ein Schüler der russischen weißen Bewegung. Iljin, der wichtigste weiße Ideologe, wollte, dass die Welt erfährt, dass Hitler Recht hatte. Iljin zufolge hatten die Nazis Recht, jüdische Geschäfte zu boykottieren und Juden als Kollektiv für die Übel verantwortlich zu machen, die Deutschland befallen hatten. Vor allem wollte Iljin Russen und andere Europäer davon überzeugen, dass Hitler Recht hatte, Juden als Agenten des Bolschewismus zu behandeln. Diese „jüdisch-bolschewistische“ Idee war, wie Iljin meinte, die ideologische Verbindung zwischen den Weißen und den Nazis.

Der Zweite Weltkrieg war kein „Urteil über den Bolschewismus“, wie es sich Iljin 1941 vorgestellt hatte. Stattdessen war die Rote Armee 1945 triumphal aus ihm hervorgegangen, die sowjetischen Grenzen waren nach Westen ausgedehnt

worden, und ein neues äußeres Imperium mit der Sowjetunion nachgebildeten Regimen war im Osten Europas errichtet worden. Nach langer Zeit seit der bolschewistischen Machtübernahme wurde es in den 1940er Jahren unmöglich, sich vorzustellen, dass Mitglieder der weißen Emigration eines Tages in Russland an die Macht zurückkehren würden, wie Iljin es in den 1920er Jahren geglaubt hatte. Was stattdessen gebraucht wurde, war eine Blaupause für ein postsowjetisches Russland, als Vorlage für die Zukunft. Iljin machte sich daran, eine Reihe von Verfassungsvorschlägen sowie eine kürzere Reihe politischer Essays zu verfassen. Mit der Veröffentlichung der letzteren unter dem Titel *Unsere Aufgaben* (Nashi Zadachi), begann im postsowjetischen Russland Iljins intellektuelle Wiederbelebung.

Iljins Nachkriegsempfehlungen hatten eine unverkennbare Ähnlichkeit mit den faschistischen Systemen der Vorkriegszeit und stimmen mit den metaphysischen und ethischen Legitimationen des Faschismus überein, die in Iljins Hauptwerken enthalten sind. Der „nationale Diktator“, prognostizierte Iljin, würde irgendwoher aus einem imaginären Bereich jenseits der Geschichte entspringen. Dieser Anführer (Gosudar) müsse wie Mussolini „ausreichend männlich“ sein. „Von dem starken Mann kommt die Macht ganz von selbst“, erklärte Iljin. Die Menschen würden sich vor „dem lebendigen Haupt Russlands“ verbeugen. Der Führer „stählt sich im gerechten und männlichen Dienst“.

In Iljins Konzept ist dieser Führer persönlich und vollständig für jeden Aspekt des politischen Lebens verantwortlich, als Regierungschef, oberster Gesetzgeber, oberster Richter und Befehlshaber des Militärs. Seine Exekutivgewalt würde unbegrenzt sein. Jede „politische Auswahl“ sollte „auf formal undemokratischer Basis“ erfolgen. Demokratische Wahlen institutionalisierten den bösen Begriff der Individualität. „Das Prinzip der Demokratie“, schrieb Iljin, „war das unverantwortliche menschliche Atom.“ Das Auszählen von Stimmen sei ein Irrweg und solle „das mechanische und arithmetische Verständnis der Politik“ legitimieren. Daraus folgte: „Wir müssen das blinde Vertrauen in die Zahl der Stimmen und ihre politische Bedeutung ablehnen.“ Eine öffentliche Abstimmung mit unterschriebenen Stimmzetteln würde es den

Russen ermöglichen, ihre Individualität aufzugeben. Wahlen würden somit ein Ritual der Unterwerfung der Russen unter ihren Führer sein.

Das Problem des Vorkriegsfaschismus sei laut Iljin der Einparteiensstaat gewesen. Das sei eine Partei zu viel gewesen. Russland solle stattdessen ein Null-Parteien-Staat werden, in dem keine Partei den Staat kontrollieren oder irgendeinen Einfluss auf den Lauf der Dinge ausüben könne. Denn eine Partei repräsentiere nur ein Segment der Gesellschaft, und eine Segmentierung gelte es zu vermeiden. Parteien könnten existieren, aber nur als Sammelbecken für die Ehrgeizigen oder als Elemente des Rituals der Unterwürfigkeit bei Wahlen. (Mitgliedern von Putins Partei wurde der Artikel, der diesen Punkt hervorhebt, 2014 zugeschickt.) Dasselbe gelte für die Zivilgesellschaft: Sie solle nur zum Schein existieren. Russen sollten Hobbies und dergleichen nachgehen dürfen, aber nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Struktur, die alle gesellschaftlichen Organisationen einschließt. Der Mittelstand müsse in dieser Struktur die Basis bilden, das Gewicht des gesamten Systems tragen. Seine Mitglieder seien die Produzenten und Konsumenten von Fakten und Gefühlen in einem System, dessen Ziel es ist, Faktizität und Sinnlichkeit zu überwinden.

„Freiheit für Russland“, wie Iljin sie verstand (in einem von Putin 2014 selektiv zitierten Text), bedeute nicht die Freiheit der Russen als Individuen, sondern die Freiheit der Russen, sich als Teil eines Ganzen zu verstehen. Das politische System müsse, wie Iljin klarstellte, „die organisch-spirituelle Einheit der Regierung mit dem Volk und des Volkes mit der Regierung“ kreieren. Der erste Schritt dahin sei „die metaphysische Identität aller Menschen derselben Nation“. Die „Bösartigkeit des ‚Sinnlichen‘“ könne gebannt und „die empirische Verschiedenheit der Menschen“ überwunden werden.

Von Gabriel Berger ausgewählte Ausschnitte aus „Ivan Iljin, Putins Philosoph des russischen Faschismus“ von Timothy Snyder, 2018, (korrigierte automatische Übersetzung aus dem Englischen)

Quelle: <https://www.nybooks.com/daily/2018/03/16/ivan-ilyin-putins-philosopher-of-russian-fascism/>



## Aus meinen Lebenserinnerungen

### „Bausteine (m)eines Lebens“ – Der verhinderte „Endsieger“

Es war vermutlich Anfang April 1945. Ich war gerade 16 geworden. Jedem einigermaßen vernünftig denkenden Menschen musste klar gewesen sein, dass der Krieg für das Deutsche Reich verloren war. Ich gehörte nicht dazu, denn nach meiner heutigen Erinnerung lebte ich in dieser Zeit wie in einem Traumzustand. Es gab auch niemand, mit dem ich darüber hätte sprechen können. Mein Vater war im Februar von seiner Wehrmachtseinheit in Ostbrandenburg als vermisst gemeldet worden. In der offiziellen Propaganda in Zeitungen und im Rundfunk wurde immer noch der „Endsieg“ beschworen. Von „Wunderwaffen“ war die Rede. Ich habe darüber gar nicht nachgedacht, wie das hätte geschehen können.

Nach meiner Verwundung durch mein explodiertes Flugzeug am 22. März 1945, muss ich noch meinen Kopfverband getragen haben. Alle Haare am Kopf waren abgesengt und die Hautoberfläche war weitgehend schwarz.

Da erhielt ich einen Brief mit der Aufforderung, mich zwecks Militärdienst beim Hitlerjugend-Jagdgeschwader Oesau\* in Tangermünde einzufinden. Es ist heut-

zutage kaum glaubhaft, aber ich bin fast geplatzt vor Stolz! Selbstverständlich hatte ich mich als Mitglied der Flieger-HJ (Hitlerjugend) schon 1944 freiwillig für den Kriegseinsatz bei der Luftwaffe gemeldet. Auch der Mensch, der diesen Brief an mich abgeschickt hat, handelte offensichtlich völlig wirklichkeitsfremd.

Ich marschierte mit diesem Brief sofort zum Bahnhof, um eine Fahrkarte zu lösen. Damals gab es in Großräschen noch einen Bahnhof. Der Mann am Schalter sagte: „Junge, da kannst du nicht mehr hinfahren, da sind ja schon die Amerikaner.“ „Was soll ich denn jetzt machen?“ „Das kann ich dir auch nicht sagen.“


Auf dem Weg nach Hause begegnete ich zufällig Gerhard Schutte. Er war kriegsverletzt mit einer Beinprothese nicht mehr im Kriegseinsatz und der HJ-Standortführer für Großräschen, stand also über allen HJ-Gliederungen. Als er mein Sprüchlein vernommen hatte, packte er meinen Arm und sagte: „Scher dich nach Hause, sonst haue ich dir die Knochen kaputt!“ Ich war erschrocken, dies von ihm zu hören. Wenn ich das damals gemeldet hätte,

wäre er als „Wehrkraftzersetzer“ hingerichtet worden. Er hatte die Lage jedoch richtig eingeschätzt. Ich bin danach völlig verunsichert nach Hause gegangen.

Welches Schicksal Gerhard Schutte hatte, erfuhr ich viele Jahre später nach dem Mauerfall von meinem Schicksalsgefährten und treuen Freund Alfred Hubein aus Großräschen. Der war während seiner Gefangenschaft eine Zeitlang im berüchtigten Gefängnis „Roter Ochse“ in Halle(S) inhaftiert. Von einem Mithäftling erfuhr er dort, dass Gerhard Schutte von einem sowjetischen Kriegsgericht im Amtsgerichtsgefängnis in Cottbus zum Tode verurteilt und dort auch durch Genickschuss ermordet wurde.

Das ist nur eines von vielen Schicksalen, die niemals dokumentiert wurden.

Wolfgang Lehmann. Aus der Erinnerung aufgeschrieben im Heuert 2021, im 93. Lebensjahr, ergänzt in Scheiding 2022.

Oberst Walter Oesau, \*28.6.1913 in Farnwinkel, †11.05.1944 über Belgien nach Abschuss seines Flugzeuges, war Träger des Ritterkreuzes zum Eisernen Kreuz mit Eichenlaub und Schwertern. Ihm zu Ehren erhielt das Jagdgeschwader 1 seinen Namen verliehen. 

## Königsheider Eichhörnchen e.V. – Aufruf Adoption

Liebe Vereinsmitglieder, Ehemalige, Freunde, Förderer und Interessenten sowie Kooperationspartner und Ehrenamtliche, unsere AG Adoption traf sich am Mittwoch, den 05.10.2022 um 18 Uhr im IBZ Königsheide.

### Treffen der AG Adoption

Am Samstag, den 08.10.2022, fand um 10:30 Uhr die historische Führung über das ehemalige Kinderheimgelände statt. Fortsetzung wurde das Treffen mit unserem Foto-Sichtungs-Samstag am 08.10.2022. Der nächste findet am 05.11.2022 um 15:00 Uhr im IBZ Königsheide statt.

### Termin-Ankündigungen


Unsere Ausstellung „Mit sozialistischem Gruß – Die bewegte Freundschaft der beiden größten Kinderheime im Ostblock zu Zeiten des Eisernen Vorhangs.“, welche aus dem letzten Wintersemester 2021/2022 an der Humboldt Universität

hervorgegangen ist, wandert weiter und kann vom 10.10.2022 bis 31.01.2023 im Nachbarschaftshaus „Villa offensiv“ in der Hasselwerder Str. 38–40 in 12439 Berlin angeschaut werden. Bitte die Öffnungszeiten des Nachbarschaftshauses beachten.

Eine andere interessante Ausstellung zum Berliner Dauerwald Königsheide möchten wir ebenfalls ankündigen. Weitere Informationen dazu gibt es unter: [https://](https://www.clb-berlin.de/en/events/koenigsheide-eine-explorative-annaeherung/)

[www.clb-berlin.de/en/events/koenigsheide-eine-explorative-annaeherung/](https://www.clb-berlin.de/en/events/koenigsheide-eine-explorative-annaeherung/)

### Aufruf „Adoptionen“

In den Kinderheimen der DDR haben viele Kinder aus unterschiedlichen Gründen einen Teil ihrer Kindheit verbracht – manche ihre gesamte Kindheit. Einige wenige Kinder wurden über ein Adoptionsverfahren in eine neue Familie vermittelt. Wir sind auf der Suche nach gelungenen Adoptionen 

## Einladung VOS Chemnitz

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, hiermit laden wir Euch ganz herzlich zu unserer Jahresabschlussveranstaltung am Samstag, dem 29. Oktober 2022, ein. Beginn ist um 10.00 Uhr in der Ratsstube am Johannisplatz 1 in 09111 Chemnitz (Einlass ist ab 09.30 Uhr).

Wir wollen das Jahr Revue passieren lassen und uns im Kreise der Kameradinnen und Kameraden, deren Familienmitgliedern und Freunden, wiedersehen. Wir freuen uns auf Euer Kommen.

Der Vorstand der VOS Chemnitz, Hohenstein-Ernstthal-Stollberg

Teilnahmebestätigung erbeten an: VOS CHEMNITZ, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz, per Telefon unter 017676757551 oder per Email: [VOS.Chemnitz@web.de](mailto:VOS.Chemnitz@web.de)

und nach Ursachen bei nicht gelungenen Adoptionen bzw. auch nach Empfehlungen für die heutige Adoptionspraxis. Aus diesem Grund wollen wir in unserem Informations- und Begegnungszentrum Königsheide, adoptierte Kinder und ihre Adoptiveltern ermuntern, sich bei uns für einen Erfahrungsaustausch zu melden.

Uns interessiert in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit und die Begleitung durch das vermittelnde Jugendamt. Gab es weiterführende Unterstützung nach der Adoption? Wie umfassend bzw. hilfreich waren die Hintergrundinformationen zum Kind und seiner Herkunftsfamilie?

Auch Herkunftseltern sollen sich angesprochen fühlen. Wie wurde der Entscheidungsprozess der Trennung vom Kind durch das Jugendamt bzw. Krankenhaus/ Kinderheim begleitet? Was hätten Sie sich an Unterstützung gewünscht? Was würden Sie mit der Erfahrung von heute Eltern empfehlen, die sich mit der Trennung von ihrem Kind aus unterschiedlichsten Gründen konfrontiert sehen?

Was denken adoptierte Kinder bzw. heute Erwachsene über Ihre Erfahrungen? Wann und in welchem Zusammenhang haben Sie von Ihrer Adoption erfahren? Mit wem konnten Sie sich darüber aus-

tauschen? Sind Sie auf der Suche nach Ihren Herkunftseltern? Jede Erfahrung ist wichtig! Wir freuen uns auf einen vertrauensvollen Erfahrungsaustausch und über Ihre Kontaktaufnahme.

#### **Ansprechpartnerin**

Marion Baumann  
im IBZ Königsheide,  
Südostallee 146, 12487 Berlin  
Telefon: 030/67951155  
E-Mail: KEEV2008@aol.com  
E-Mail: mb@ibz-koenigsheide.de  
www.facebook.com/koenigsheide  
Internet: www.koenigsheider-eichhoerchen-ev.de 

## **Cottbuser Menschenrechtszentrum bittet um Unterstützung für den vierten Hilfstransport nach Odessa**

Nach einem dringenden Hilferuf des Militärkrankenhauses in Odessa sammelt das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. nun Spenden für den 4. Hilfstransport in die umkämpfte Region in der Ukraine. Im Juli 2022 kam erfolgreich der 3. Transport mit medizinischen Hilfsgütern vom Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ) beim Kinderkrankenhaus, dem Militärkrankenhaus und der St. Paul Kirchengemeinde in Odessa an. Dies haben zahlreiche Spenderinnen und Spender von Nah und Fern mit ihren kleinen und großen Spenden sowie der Partnerverein des Menschenrechtszentrums „Lebensfahrten“ aus Meißen ermöglicht.

Vor kurzem wandte sich der Chirurg und Chefarzt der Notaufnahme Igor (Name aus Sicherheitsgründen geändert) vom Militärkrankenhaus in Odessa mit einer dringenden Unterstützungsbitte an das MRZ. Er selbst ist seit zwei Monaten im Kriegsgebiet zwischen Cherson und Mykolajiw im Einsatz, berichtet von vielen verwundeten Soldaten und bat dringend um Hilfe. „Es fehlt vor Ort an fast allem, und wir tun unser Möglichstes, um den Menschen zu helfen. Hierfür bitten wir

um Unterstützung aus Bevölkerung“, sagt Heide Schinowsky, die geschäftsführende Vorsitzende vom Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. „Es ist ein Lichtblick, dass viele Hilfsmaßnahmen sowie Lieferungen aus Deutschland trotz der aktuellen Entwicklungen in der Ukraine möglich sind“.

Konkret benötigt werden folgende Materialien: chirurgische Instrumente aller Arten, insbesondere Mehrweginstrumente wie Nadeln, Nadelhalter, Klemmen, Pinzetten, Zangen, Scheren, Skalpelle u. ä., 500 – 1.000 wärmende Decken sowohl für den Transport verwundeter Soldaten als auch für den kommenden Winter, Wasserkocher, Heizgeräte, Multikoher, Westen, Fleecepullover, ein portables Ultraschallgerät.


Das Menschenrechtszentrum Cottbus setzt seine Hilfe fort, so lange sie gebraucht wird. Wer dem Militärkrankenhaus in Odessa helfen möchte, kann eine Spende auf das Konto des Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. überweisen.

Kontoangaben: Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., Sparkasse Spree Neiß.

IBAN: DE92 1805 0000 3000 0414 50,  
BIC: WELADED1CBN, Stichwort „Ukrainehilfe“.

Sachspenden in gutem Zustand von den o.20g. Materialien können zu den Öffnungszeiten der Gedenkstätte (Dienstag bis Freitag 10:00 – 17:00 Uhr, Samstag und Sonntag 13:00 – 18:00 Uhr) im Foyer der Gedenkstätte abgegeben werden.


Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Sylvia Wähling, Beauftragte für humanitäre Aufgaben vom Menschenrechtszentrum Cottbus e. V., hum.help@menschenrechtszentrum-cottbus.de

Heide Schinowsky  
Geschäftsführende Vorsitzende  
Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. (MRZ)  
Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus  
Bautzener Str.140  
03050 Cottbus  
Tel.: +49 (0) 355 290 133 0  
Fax: +49 (0) 355 290 133 83  
Mobil: 0177/603 1513  
Web: www.menschenrechtszentrum-cottbus.de 

## **Veranstaltungsreihe SED-Opfergruppen im Bundestag**

Wie bereits angekündigt wird die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke auf Initiative der UOKG e. V. eine Veranstaltungsreihe zu den verschiedenen SED-Opfergruppen explizit für die Abgeordneten des Bundestages durchführen. Den Auftakt wird die Thematik „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ am 24. November 2022 bilden.

In Form eines moderierten zweistündigen Fachgesprächs sollen grundlegende Informationen und Erkenntnisse vermittelt werden. Nach einer vorangestellten Einführung in die jeweilige Opfergruppe werden zwei Zeitzeugen (w/m) ihre Erlebnisse schildern. Ergänzend werden Fachleute aus Wissenschaft und Praxis eingeladen.

Ziel der Veranstaltung ist es, Mitglieder des Bundestages (MdB) sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter komprimiert über die zahlreichen Opfergruppen von SED-Unrecht auf den neuesten Stand zu bringen und der Politik jeweils konkrete Handlungsbedarfe aufzuzeigen. Auf dieser Basis werden wir dann unsere Lobbyarbeit weiterentwickeln. 

# Das geheime Tonband von Pannach, Kunert und Fuchs

Eigentlich wollten sie nur eines, nämlich „so zu leben, als befänden sie sich in einem zivilisierten Land“. Aber ebenso wie der russische Historiker Andrej Amalrik, von dem dieses Zitat stammt, wurden sie behindert, drangsaliert und zuletzt eingesperrt. Und ebenso wie jener wurden zwei von ihnen, nämlich Pannach und Fuchs, frühzeitig aus dem Leben gerissen. Auch ihr Tod ist von Fragen umgeben, wie Wolf Biermann einst bei der Beerdigung von Jürgen Fuchs feststellte. Das Buch ist eine Dokumentation der SED-Kulturpolitik gegenüber Schriftstellern und Künstlern wie Biermann, Pannach oder Fuchs. Obwohl diese das Machtmonopol der SED nicht in Frage stellten, wurden sie von Stasi und Kulturfunktionären wie regelrechte Staatsfeinde behandelt. Im Gefängnis begegneten die unvermutet Verfolgten folgerichtig verschiedensten politischen Gefangenen: „Ausreisern“, Gegnern von SED, DDR, Sozialismus und eben denjenigen, die auf ihrem Feld, der Kultur, die DDR verbessern wollten. Die Stasi behandelte alle politischen Häftlinge als Feinde, was einige erst durch die Haft selbst wurden.

Im Jahre 1976 nahmen Fuchs, Kunert und Pannach in Leipzig ein Tonband mit ihren Liedern und Texten auf und schickten es auf konspirativem Wege in den Westen. Die drei Künstler wurden eingesperrt, die SED warf ihnen z.B.

„staatsfeindliche Hetze“ vor. Prominente Persönlichkeiten aus dem Westen unterstützten die Dissidenten so erfolgreich, dass die SED vom Gerichtsprozess absehen musste und die Künstler in die Bundesrepublik abschob.

Das Buch beleuchtet mit vielen Details die künstlerische Arbeit von Gerulf Pannach, dem „sächsischen Biermann“, dazu die schriftstellerische des Psychologen Fuchs und die Auswirkungen dessen, was vielerorts „Biermann-Ausbürgerung“ genannt wurde. Dein Weg bleibt dein Weg, das war das Motto aufrechter Menschen.

Selbst die Haft bei der Stasi brachte Pannach und seine Gefährten nicht von ihren Einstellungen ab, wie man bei ihren Auftritten im Westen feststellen konnte und musste. Anders als Jürgen Fuchs, der sich kurz vor seinem Tod noch als religiöser Mensch offenbarte, blieb Gerulf Pannach der selbsterklärte Marxist. Einige der vielen Spitzel in der Kulturszene Leipzigs werden genannt, zum Beispiel wird in Erinnerung gerufen, wer IM „Wolf Kaiser“, ein besonders aktiver Zuträger für das MfS in der Kulturszene, war.

Das Buch besticht durch die Vielzahl der Dokumente, vor allem der Akten, welche die Stasi zu Gerulf Pannach angelegt hatte. Man muss der Autorin für die aufgebrauchte Mühe in diesem Zusammenhang dankbar sein. Auch persönliche Briefe aus

dem Nachlass von Fuchs und Pannach stellen wichtige zeitgeschichtliche Dokumente dar. Im Gegensatz zu Jürgen Fuchs ist über Pannach und Kunert bisher nicht viel veröffentlicht worden. Somit trägt das Buch wesentlich zur Erweiterung der Kenntnisse über den Künstler bei. Und, nebenbei gesagt: gut geschrieben ist es außerdem.

Sollte nochmals über Pannach geschrieben werden, könnte seine Verbindung zu Personen, die Gegner der SED und des Sozialismus waren, ins Bild gesetzt werden. Am 13.08.1974, also am Jahrestag des Beginns des Mauerbaus, sollten in Leipzig Flugblätter von einem Hochhaus herabsegeln. Flugblätter, die an die Menschenrechtsdeklaration von 1948, dass jeder das Land verlassen könne, erinnerten. Die Flugblätter wurden in Naumburg im Katechetischen Seminar gedruckt, Gerulf Pannach war der Leipziger Kontaktmann, für die Auswahl des Hochhauses zuständig. Die Flugblattaktion scheiterte aus technischen Gründen, die Stasi hat davon fast nichts mitbekommen. Nur ein „Ausgangshinweis“ existierte, der aber ins Nichts führte. Keiner der sechs Beteiligten hatte einen Fehler gemacht. Und Pannach sprach offenbar auch im engsten Leipziger Kreis nicht darüber. Stoff also für eine weitere Veröffentlichung über Gerulf Pannach.

Bernd Lippmann

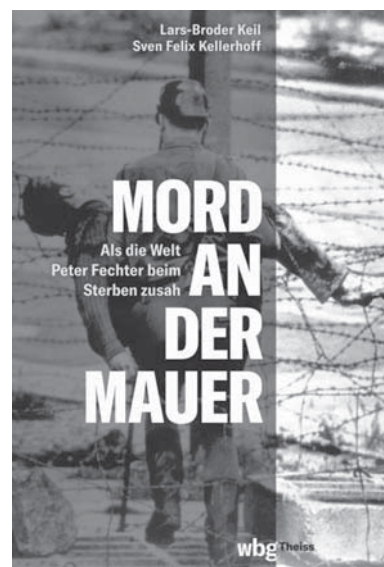
## Mord an der Mauer. Als die Welt Peter Fechter beim Sterben zusah

Weit mehr als eine Stunde dauerte das öffentliche Sterben des 18-jährigen Peter Fechter am 17. August 1962. „So helft mir doch, helft mir doch!“ waren seine letzten Worte. Er verblutete, von „DDR-Grenzschützern“ angeschossen, im Todesstreifen der Berliner Mauer. Dieser Mord geschah vor den Augen der Welt: Berlin Mitte, am frühen Morgen, von vielen Zeugen beobachtet, fotografiert, ja, sogar gefilmt. Damit wurde er zu der Symbolfigur für die Menschenverachtung des DDR-Regimes.

Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff schreiben über die Vorgeschichte, also über das Leben der beiden fluchtwilligen jugendlichen Freunde im Osten

Berlins mit der neuen Mauer, über das Drama des – für Peter Fechter – gescheiterten Fluchtversuchs der beiden Freunde, die Reaktionen im Westberlin Willy Brandts und die Rezeption darüber bis heute. Zum 60. Jahrestag erscheint dieses erschütternde Buch grundsätzlich überarbeitet und aktualisiert als Erinnerung an die Brutalität der deutschen Teilung.

.....  
Lars-Broder Keil, Sven Felix Kellerhoff, Roland Jahn (Nachwort): Hg.: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (wbg), 2. Auflage (01.06.2022), 176 Seiten, ISBN-10: 380624510X, ISBN-13: 978-3806245103  
.....



## Ohne Ruhe rollt das Meer...

Es gibt viele Lebensberichte über politische Haft in der SBZ und der DDR, doch selten in einer Mischung aus Bericht und Gedicht, wie in diesem außergewöhnlichen Buch, über das Leben von Gerhard Bause und seiner Frau Dorit Bause. Inzwischen hat der Liedermacher Stefan Krawczyk, nach dessen Verhaftung 1988 Gerhard Bause Unterschriften für seine Freilassung sammelte, die Gedichte vertont und es gibt auch eine CD davon. Neben der sensiblen und oft bedrückenden Darstellung der Inhaftierung beider Ehepartner, die für Gerhard Bause nach fast zwei Jahren im November 1989 über die berüchtigte „Sonderhaftanstalt Bautzen II“ durch DDR-Amnestie zur Ausweisung aus der SED-Diktatur führte, gibt es im Buch kongeniale Illustrationen von Matthias Seifert. In den Texten und Gedichten werden die tiefen Verletzungen deutlich, die vielen Menschen von der inhumanen SED-Diktatur zugefügt wurden. Damit wird die Verlogenheit dieser marxistisch-leninistischen

Ideologie eindrucksvoll entlarvt, die bis heute Wunden in den Seelen hinterlassen hat. Dazu schreibt Gerhard Bause: „... wirkt das Erlebte nach.“ Und das Leid der Menschen lässt sich auch nicht einfach abschalten, nachdem 1989 die SED-Diktatur endlich überwunden wurde. Die Rache der Staatssicherheit für seinen mutigen Widerstand verfolgte die Familie auch nach dem MauerEinsturz vom 9. November, als Gerhard Bause gezwungen wurde, noch am 14. November 1989 die DDR innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Zu dieser Zeit versuchte ein Mann seine zweite Karriere zu starten, der auch nach der Verhaftung der Familie Bause eine wichtige Rolle spielte, und als „IM Torsten“ oder „IM Dr. Ralf Schirmer“, ein besonders aktiver Mitarbeiter des MfS war, Rechtsanwalt Wolfgang Schnur. Der Versuch endete schon

vier Monate später, als die Akten des MfS diesen Kirchenanwalt entzauberten, der auch den MfS-Häftling Bause auf übelste Weise hinter das Licht geführt hatte.

Dies war eine der menschlichen Enttäuschungen, die lange verhinderten, dass Familie Bause ihr Schicksal öffentlich behandelte. Erst als ihre Tochter eines Tages nachfragte, warum sie im Gefängnis waren, brachen sie ihr Schweigen und begannen ihre aktive Aufarbeitung der Verfolgung in der SED-Diktatur. Seitdem sind sie aktiv in der politischen Bildung in Thüringen.

Dieses Buch ist nicht nur vom her Text beeindruckend, sondern auch von der hochwertigen Ausstattung. Es ist absolut empfehlenswert und auch besonders für die schulische Aufarbeitung geeignet.

Alexander W. Bauersfeld

.....  
*Gerhard Bause: Ohne Ruhe rollt das Meer, Gedichte, ARTE FAKT Verlagsanstalt 2018, 192 Seiten, ISBN 3-937364-08-0, ISBN-13978-3-937364-08-7*  
 .....

## Seelenarbeit im Sozialismus – Psychologie, Psychiatrie und Psychotherapie in der DDR

Das Gesundheitssystem galt in der DDR als Vorzeige-Errungenschaft des Sozialismus. Gleichzeitig betrachtete die Staatsführung bestimmte Disziplinen aber auch argwöhnisch als Orte von kritischem Denken und möglichem Widerstand. Insbesondere Psychiatrie, Psychotherapie und Psychologie hatten eine ambivalente Position zwischen Unterdrückung und Autonomieförderung inne. Welche Rolle spielten diese Disziplinen? Und warum scheiterte das staatliche

Fürsorgeversprechen insbesondere im Hinblick auf die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung? Diesen und weiteren Fragen gehen die Beiträgerinnen und Beiträger auf den Grund.

.....  
*Bernhard Strauß, Rainer Ericas, Susanne Guski-Leinwand, Ekkehardt Kumbier (Hg.): Buchreihe: Forum Psychosozial Verlag: Psychosozial-Verlag, 1. Aufl. 2022, 275 Seiten, ISBN-13: 978-3-8379-3152-5,*  
 .....



## Hinweis der Redaktion: Die lange Blutspur des Kreml

Nach der Rückeroberung der Region Charkow durch ukrainische Truppen wurden mehrere Folterkeller und eine Grabstätte mit mehreren Hundert Leichen gefunden. Kriegsverbrechen wie diese haben in Russland eine lange Tradition. Doch anders als die Massenmorde der Wehrmacht wurden sie niemals aufgearbeitet.

Zitat: „Doch auch in Deutschland wird über die mehr als 100 Jahre alte Blutspur des Kremls nur selten gesprochen. Aus Scham über die Verbrechen der Wehrmacht werden die der Roten Armee relativiert oder verschwiegen. Auch das von der Bundesregierung geplante Dokumentationszentrum zur deutschen Besatzungsherrschaft in Europa spart das Thema aus. Der Vizechef des Moskauer Streitkräftemuseum ist sogar immer noch Vorstand des Berliner Kapitulationsmuseums. Dabei zeigen die Mordtaten in der Ukraine: Wer über die Verbrechen von gestern schweigt, trägt mit dazu bei, dass sie sich heute und morgen wiederholen.“

Von Hubertus Knabe

Vollständiger Text im Internet: <https://hubertus-knabe.de/die-lange-blutspur-des-kremls/>

## Die DDR im Blick der Stasi 1959

1959 war ein besonderes Jahr für die Partei- und Staatsführung, weil sie öffentlichkeitswirksam das 10jährige Bestehen der DDR feiern konnte. In Wirklichkeit brodelt es im Innern, wovon das MfS in 131 geheimen Berichten an die SED-Führung immer wieder berichtet.



.....  
 Daniela Münkkel (Hrsg.), bearbeitet von Ann-Kathrin Reichardt: *Die DDR im Blick der Stasi 1959. Die geheimen Berichte an die SED-Führung*, Vandenhoeck & Ruprecht Verlag 2022, 320 S., ISBN: 978-3-525-31124-0  
 .....

Dr. Ann-Kathrin Reichardt, ehemalige Mitarbeiterin im Bundesarchiv und Bearbeiterin des Bandes, legt dazu zeitgeschichtliche Quellen von hohem historischem Wert vor und ordnet sie für den Leser und die Leserin ein.

Thematisch geht es vor allem um Probleme in Alltag, Wirtschaft und Landwirtschaft. In den Stasi-Berichten lassen sich die konkreten Schwierigkeiten (Klagen über zu wenig Fleisch, Butter, Milch) gut herauslesen, auch der oft desolate Zustand der Industrieanlagen, Mangel an Baumaterial und Maschinen, Schlamperie, Missstände bei Transport/Lagerung und die Unzufriedenheit über die Entlohnung.

Darüber hinaus fehlen ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte sowie die nötige Fachkenntnis bei den Entscheidungsträgern. Beunruhigende Fluchtzahlen (Ärzte, Lehrer, Ingenieure) verschärfen die Lage. Auch von passivem Widerstand ist die Rede, z.B. als gezwungene Genossenschaftsbauern lieber ihre Scheune anzünden, was vielen Schweinen und Rindern

das Leben kostet. Die Stasi berichtet auch über die „Wütharbeit“ vom Territorium Westberlins aus und über die Lage an der innerdeutschen Grenze, wo Provokationen, Zerstörungen, Brandstiftung und Beschimpfungen der Grenzpolizei durch Jugendliche vorkommen. Wie die Bevölkerung zu außenpolitischen Themen (Chruschtschow-Ultimatum, sowjetischer Vorschlag für einen Friedensvertrag, Bündnisfragen) eingestellt ist, auch dafür interessiert sich das MfS.

Klar wird, dass sich im Jahr 1959 der „Kalte Krieg“ weiter zuspitzt. Selbst in die Kinderzimmer schleicht er sich ein, wie die Autorin anekdotisch wiedergibt: Das „Sandmännchen“ der DDR flimmert nach großer technischer Anstrengung 9 Tage vor dem West-Sandmännchen des SFB über die Bildschirme. Wäre es andersherum gewesen, so hätten die DDR-Kinder eventuell dauerhaft das westliche Abendprogramm bevorzugt. Ein sehr informatives Buch über die geheimen Berichte der Stasi, das Innen- und Außenpolitik behandelt und dabei die Alltagsgeschichten der DDR-Bevölkerung nicht vergisst.

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953 bis 1989. Herausgegeben von Daniela Münkkel im Auftrag des Bundesarchivs. Internet: <https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/geschichte/geschichte-des-20.-jahrhunderts/331/die-ddr-im-blick-der-stasi>

Berthold Schäffner

## Zwangsarbeit für PENTACON

Das Thema Zwangsarbeit für PENTACON beschreibt der Autor Rainer Dellmuth in seinem Buch „AUSFLÜGE IM GROTEWOHL-EXPRESS“, Anita Tykve Verlag 1999, ISBN 3-925434-93-3. Er selbst hat in Cottbus in der „Entgraterie“ gearbeitet. Auf Seite 174 schreibt er: „VEB Pentacon Dresden, dieses Werk ist bekannt für seine optischen Geräte, hauptsächlich Fotoapparate. Wir hatten die Aufgabe, die gußeisernen Rohlinge zu entgraten. Das war eine Arbeit, die wohl draußen keiner machen wollte...“ Herr Dellmuth steht auch als Zeitzeuge zur Verfügung. Das Buch wird im Internet auf verschiedenen Portalen ab ca. 3 Euro angeboten.

Sybille Krägel, I.G. NKWD-Lager Tost/Oberschlesien

## Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im Oktober und November Geburtstag haben

Günter Antrack am 14. Oktober, Walter Böttcher am 16. Oktober, Gudrun Schramm am 19. Oktober, Gerhard Halko am 20. Oktober, Erwin Nigrin am 21. Oktober, Dieter Zander am 25. Oktober, Peter Seele am 27. Oktober, Rudolf Novotny am 01. November, Hans Schramm am 02. November, Helga Kiwitt am 04. November, Graziano Bertussin am 07. November, Karl-Heinz Chilla am 20. November, Günter Marciniak am 22. November, Gerd Gebert am 27. November.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Fax (030) 55 77 93 40  
 Internet: <https://www.uokg.de/kontakt/beratungsstellen/>

Martina Kegel, Juristin  
 Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 53  
 E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz  
 (Thema DDR-Zwangsadoption)  
 Mo, Do, Fr, 10–14 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 54  
 E-Mail: kurz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych.  
 Mo, Mi, Fr 10–12 Uhr  
 Tel. (030) 55 77 93 52  
 E-Mail: kuhn@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.  
 Mo, Fr, 10–12 Uhr  
 Tel. (030) 57 79 87 39  
 E-Mail: germer@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
 Tel. (030) 55 15 28 58  
 E-Mail: [bsv-beratung@gmx.de](mailto:bsv-beratung@gmx.de)

Telefonische Sprechzeiten  
 Elke Weise, Juristin  
 Di, Do, 11–17 Uhr, Fr. nach Vereinbarung

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Michael Striss, Gesine Steffen, Axel Kurtz, Wolfgang Kupke, Dr. Kurt Österle, Bernhard Roger, Dr. Wolf Peter Erler, Günter Johannsen, Jürgen Lorenz, Gerhard Knorr, Fritz Schüler, Peter Hilaris, Günther und Jil Heimann, Roland Briol, Norbert und Anneliese Schachnowski, Anja Nattke, Erik Hofmann, Dr. Hans-Joachim und Dr. Cornelia Springer, Bernd Hartwig, Dr. Jürgen und Dr. Ilse Miersch, Wolfgang und Klara Vogel, Christa Teiner, Berthold Nöske, Erna Carbow, Dr. Thomas Smolin, Horst und Sieglinde Opitz, Uwe Behne, Stefan Bielefeld, Angelika Mädicke, Gerd Ahnert, Dieter Brestrich, Peter Menzel, Dr. Wolf Peter Erler, Angelika Ducke, Gerold von Busse, Bodo und Evelyne Platt, Roland Steinbach, Gerd Ahnert, Stefan Gemeinhardt, Alfred Müller, Lothar Scholz.

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01  
BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck: „Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

„Der Knecht singt gern ein Freiheitslied // des Abends in der Schenke. // Das fördert die Verdauungskraft, // und würzt die Getränke.“ Heinrich Heine gilt als „letzter Dichter der Romantik“, „Französische Zustände“, „Der Schwabenspiegel“, „Der Salon“, „Über den Denunzianten“ (Deutschland, 1797–1856).

Aus: An einen politischen Dichter.  
Quelle: Heinrich Heine: Werke und Briefe in zehn Bänden. Band 2, Berlin und Weimar 1972, S. 349.

**BSV-Förderverein für Beratungen**  
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz  
Sprechzeiten s. S. 23  
Telefon (030) 55 15 28 58  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen  
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC: DEUT DED B110

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: Info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33HAN

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,  
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
**Neue E-Mail:** der-stacheldraht@uokg.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,  
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: neymanns@satzhherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinntestellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.**

Redaktionsschluss Ausgabe 8/22: 07. Oktober 2022

Redaktionsschluss Ausgabe 9/22: 11. November 2022

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

